

Berliner Stimme

SOZIALDEMOKRATISCHE WOCHENZEITUNG

Nr.18 - 64. Jahrgang

20. September 2014

Glückwünsche nach Brandenburg

Die Berliner SPD hat Dietmar Woidke und der brandenburgischen SPD zum Wahlerfolg gratuliert.

In Brandenburg hat sich die seit 1990 regierende SPD als Wahlsieger behauptet und ist klar stärkste Kraft. Sie kann sowohl das Bündnis mit der Linken als bisherigem Koalitionspartner fortsetzen als auch eine Koalition mit der CDU eingehen. SPD-Parteichef Sigmar Gabriel sieht im Ergebnis eine Bestätigung der guten Arbeit vor Ort: „Die SPD in Brandenburg ist verlässlich.“

In einem Brandenburg-Plan hatte die SPD die aus ihrer Sicht wichtigsten 50 Vorhaben beschrieben. Dazu gehören u.a. bessere Bildungschancen, Sicherheit im ganzen Land, gute und sichere Arbeitsplätze, Investitionen in das Gesundheitswesen und zukunftsfähige Kommunalfinancen.

Mit 31,9 Prozent liegt die SPD deutlich vor der CDU (23,0 Prozent), der Linkspartei (18,6 Prozent) und der AfD (12,2 Prozent). Die Grünen erreichten 6,2 Prozent, die Freien Wähler (2,7 Prozent) ziehen durch den Gewinn eines Direktmandats mit drei Abgeordneten in den Landtag.

Der Landesvorstand der SPD Brandenburg hat einstimmig beschlossen, Sondierungsgespräche mit CDU und Linkspartei aufzunehmen. Die Gespräche sollen nach Möglichkeit bereits in der nächsten Woche abgeschlossen werden. Als Mitglieder der Sondierungskommission wurden der Landesvorsitzende Dietmar Woidke, die stellvertretende Landesvorsitzende Katrin Lange, Generalsekretärin Klara Geywitz und der SPD-Fraktionsvorsitzende im Landtag Klaus Ness benannt. Klaus Ness wurde auf der konstituierenden Sitzung der Landtagsfraktion in geheimer Wahl von 28 der 29 anwesenden Abgeordneten im Amt bestätigt. **BS □**

Vor der Entscheidung:

Das Mitgliedervotum läuft

Stimmzettel verschickt - Vier Foren mit den Kandidaten

Das Mitgliedervotum läuft. Mehr als 17.000 Briefumschläge mit den Wahlunterlagen haben bis Freitagabend das Kurt-Schumacher-Haus verlassen. Neben dem Stimmzettel enthalten sie eine kleine Broschüre, die das Verfahren erläutert und auf je zwei Seiten die drei Kandidaten vorstellt.

Am Montag war die Bewerbungsfrist abgelaufen. Neben den bereits vom Landesvorstand nominierten Kandidaten Michael Müller, Raed Saleh und Jan Stöß hatte kein weiterer Bewerber die Unterstützung von drei Abteilungen oder einem Kreis erhalten. Gleichzeitig wurde vom Landesvorstand eine Wahlkommission berufen, die gemeinsam mit einigen freiwilligen Unterstützern am 18. Oktober die Auszählung vornimmt. Vorsitzende ist Barbara Loth, stellvertretender Vorsitzender ist Fritz Felgentreu.

Nach dem ersten Beschluss über ein Mitgliedervotum Ende August hat es bis zum Donnerstagmittag dieser Woche 231 Neueintritte gegeben. Das ist etwas mehr als



Die Unterlagen für die gut 17.000 Mitglieder wurden zusammengelegt und verschickt.

das Doppelte der üblichen Zahl. Sie alle können am Mitgliedervotum teilnehmen.

Auf vier Mitgliederforen und zahlreichen weiteren Veranstaltungen treffen die drei Kandidaten jetzt aufeinander, am Freitagabend dieser Woche zum Beispiel bereits bei der Landesdelegiertenkonferenz der Jusos. Am Dienstag findet ein Mitgliederforum im Willy-Brandt-Haus statt.

siehe auch Seite 3 - 5

Wege zu mehr Wahlbeteiligung

SPD Generalsekretärin Fahimi will neue Wege erproben

Auch ungewöhnliche Wege will SPD-Generalsekretärin Yasmin Fahimi erproben, um die Wahlbeteiligung wieder zu erhöhen. Sie rief jetzt zu einem „Wettbewerb der kreativen Ideen“ auf.

„Wir Politikerinnen und Politiker haben bislang hilflos und auch ein bisschen beleidigt auf die schwindende Wahlbeteiligung gestarrt. Unsere wohlmeinenden Appelle an die staatsbürgerlichen Pflichten eines jeden fruchten nicht so recht, das sollten wir uns eingestehen“, sagte sie der „Leipziger Volkszeitung“. Ins Gespräch brachte sie u.a. einen nationalen Wahltag, wie es ihn in den USA gibt, aber auch die Möglichkeit zur Stimmabgabe etwa bei Aldi oder Kaiser's.

Gedacht wird auch an national gebündelte Wahltermine oder an eine dreiwöchige Wahlmöglichkeit, unbürokratisch aber

IN DIESER AUSGABE:

DIE NEUE EU-KOMMISSION	S. 2
SPD LÄDT ZU STADTEILFESTEN	S. 8
FELGENTREU ZUR UKRAINE-KRISE	S. 11
DIETER KOSSLICK BEI RALF WIELAND	S. 16

an jedem Ort des Landes, vom Strandkorb bis zum Supermarkt. Wie in Schweden soll dabei auch in Deutschland der Personalausweis genügen. Auch die Rückkehr zu angeglichenen Wahlzeiten von Kommunalparlamenten, Landräten und Bürgermeistern hält Fahimi für denkbar. **BS □**

Europa:

Junckers Team unter der Lupe

Sylvia-Yvonne Kaufmann zur neuen EU-Kommission

Zwar wählt der Deutsche Bundestag den Bundeskanzler oder die -Kanzlerin. Bei der personellen Zusammensetzung der Bundesregierung hat er jedoch kein Mitentscheidungsrecht. Er kann diese wichtige Personalentscheidung im Kern nur zur Kenntnis nehmen, auch wenn es Bedenken geben sollte. Nicht so auf europäischer Ebene.

Nach der Wahl des Kommissionspräsidenten durch das Europaparlament ist die Bildung einer neuen Kommission nicht alleinige Chefsache. Nachdem die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten ihre Personalvorschläge gemacht haben, obliegt es dem Kommissionspräsidenten zu entscheiden, wer welches Portfolio übernehmen soll. Mit der Arbeit loslegen kann die Kommission erst nach ihrer Wahl durch das Europäische Parlament. Daher hat das Parlament hier ein entscheidendes Wort mitzureden.

Weder Jean-Claude Juncker noch die 27 designierten Kommissarinnen und Kommissare können deshalb aufatmen. Seinem Team steht noch ein Härte-test bevor, denn es wird individuell und öffentlich vor laufenden Kameras von den Europaabgeordneten in den jeweiligen Fachausschüssen auf Herz und Nieren geprüft (Live bei www.europarl.tv.europa.eu).

In der Vergangenheit ist schon so mancher Kandidat bei diesen Hearings durchgefallen, und einzelne Mitgliedstaaten mussten neue Personalvorschläge unterbreiten. Denn die „europäische Regierung“ kann ihre Arbeit nur am 1. November aufnehmen, wenn das Europäische Parlament zustimmt.



Sylvia-Yvonne Kaufmann wurde im Mai in das Europäische Parlament gewählt. In der Berliner Stimme wird sie regelmäßig über die aktuelle Arbeit informieren. Foto: SPD

Bei den Anhörungen wird sicher die von Juncker vorgeschlagene Reform der Struktur der Kommission Thema sein, durch die sie schlagkräftiger und politischer werden soll, anstatt sich im bürokratischen Kleinklein zu verstricken. Erstmals sollen die Kommissarinnen und Kommissare in thematischen Projektteams, etwa zu den Schwerpunkten Beschäftigung, Wachstum, Investitionen und Wettbewerbsfähigkeit, Digitaler Binnenmarkt, Energieunion oder Euro und sozialer Dialog zusammenarbeiten. Neben der Hohen Beauftragten für die Außenbeziehungen, Federica Mogherini, sollen weitere sechs Vizepräsidenten eine Art Kernteam bilden, das die Arbeit der Projektteams koordiniert. Neu ist auch, dass einer der Vizepräsidenten, der Niederländer Frans Timmermans, Junckers Erster Stellvertreter sein soll.

Sylvia-Yvonne Kaufmann □

Besserer Schutz für Kinder

Eva Högl begrüßt Maßnahmen gegen sexuellen Missbrauch

Als wichtigen Schritt zum besseren Schutz von Kindern und Jugendlichen hat die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Eva Högl den jetzt vom Bundeskabinett verabschiedeten Gesetzentwurf zur Bekämpfung von Kinderpornografie und sexuellem Missbrauch bezeichnet.

„Kinder und Jugendliche müssen in unserer Gesellschaft vor sexuellem Missbrauch besser geschützt werden“, sagte sie. „Sexueller Missbrauch von Schutzbedürftigen ist ein schwerwiegendes Verbrechen. Niemand darf mit dem Körper von Kindern und Jugendlichen Geld verdienen. Die Schwächsten in unserer Gesellschaft haben ein Recht darauf, dass Nacktbilder von ihnen nicht im Internet oder auf ande-

re Weise verbreitet werden. Der Gesetzentwurf verbietet das unbefugte Herstellen und Verbreiten von anzüglichen Bildaufnahmen.“

Mit der späteren Verjährung von Sexualstraftaten - beginnend mit Vollendung des 30. Lebensjahres - wird traumatisierten Opfern mehr Zeit gegeben, Anzeige zu erstatten. „Darüber hinaus brauchen wir mehr Personal bei den Sicherheitsbehörden“, so Eva Högl. „Es ist nicht akzeptabel, dass Fälle von Kinderpornografie bei der Polizei liegen bleiben, weil nicht genug Personal vorhanden ist.“ Der beste Opferschutz sei Prävention. Daher begrüße die SPD die Erhöhung der finanziellen Förderung des Bundes für das Präventionsnetzwerk „Kein-Täter-Werden“. **PM** □

POLITIK PERSÖNLICH

Christine Bergmann, ehemaligen Berliner Arbeitssenatorin und früheren Bundesfamilienministerin, hat am 7. September ihren 75. Geburtstag gefeiert. „Dein Ehrentag fällt in eine Zeit, in der sich die friedliche Revolution in der DDR und der Mauerfall zum 25. Mal jähren“, so der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit in seiner Gratulation. Er würdigte das engagierte Mitwirken der gebürtigen Dresdnerin am „erfolgreichen Zusammenwachsen“ Berlins. „Aus der Pharmazeutin wurde eine Politikerin, die sich dank ihres Sachverständnisses, ihres Elans und ihrer den Menschen zugewandten Art schnell große Sympathien erwarb.“



Stefan Fischer-Fels, Leiter des Grips-Theaters, ist beim Sommerempfang der Berliner SPD Ende August Mitglied geworden. Überlegt habe er schon länger, sagte er. Es sei jetzt die Zeit, sich zu engagieren. Und die SPD entspreche mit ihren kulturpolitischen Ansichten am ehesten seinen Vorstellungen einer „Kultur für alle“. Da kein Eintrittsformular am Tisch war, stellte der SPD-Landesvorsitzende Jan Stöß sein Handy für den Online-Eintritt zur Verfügung. Der Abteilungsvorsitzende Marek Much (r.) begrüßte das Neumitglied.

Rolf Wiegand ist als Vorsitzender des ver.di Fachbereiches Ver- und Entsorgungswirtschaft (Energie/Wasser/Abfallwirtschaft) Berlin-Brandenburg wiedergewählt worden.

Berliner Stimme

Herausgeber: SPD Landesverband Berlin
Verlag: wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin

Redaktion: Ulrich Horb (V.i.S.d.P.), Tel.: 030-4692 150, Fax: 030-4692 240, E-Mail: berliner.stimme@spd.de, Post: Müllerstr. 163, 13353 Berlin

Abo-Service: Jürgen Thomas, Tel.: 2408 36-60, E-Mail: berliner.stimme@wegewerk.de
Abonnementspreis: 28 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail), 35 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post)

Druckerei: KORRekt Mailingservice Berlin



Die Mitglieder entscheiden: In dieser Ausgabe antworten die drei vom Landesvorstand bestätigten Kandidaten Michael Müller, Raed Saleh und Jan Stöß auf Fragen der Berliner Stimme zu ihrer Motivation, ihren Zielen und politischen Vorstellungen.



Foto: Marco Urban

Michael Müller

Was waren für Sie die drei wichtigsten Motive, um Ihre Kandidatur zu erklären?

Die wichtigste Frage ist bei so einer Entscheidung natürlich: Was kann ich einbringen, um die Berliner SPD auch nach 2016 zur führenden politischen Kraft zu machen und wie machen wir gute Politik für alle Berlinerinnen und Berliner. Ich habe darüber in Ruhe nachgedacht.

Drei der wichtigsten Gründe für meine Kandidatur sind erstens: Ich habe große politische Erfahrungen als Bezirksverordneter, Abgeordneter, Landesvorsitzender und Senator auf allen politischen Ebenen gesammelt. Diese politische Erfahrung ist wichtig, wenn man eine 3,5-Millionen-Stadt regieren will. Zweitens leite ich als Senator für Stadtentwicklung und Umwelt ein großes Ressort, mit dem ich in vielen Bereichen gute Politik für alle Berlinerinnen und Berliner umsetzen konnte. Besonders mit meiner Mieten- und Wohnungsbau- oder auch Rekommunalisierungspolitik. Als Regierender Bürgermeister kann ich für die Menschen noch besser an einem solidarischen Berlin arbeiten. Und drittens entscheiden wir jetzt auch darüber, wie wir 2016 in den Wahlkampf gehen. Ich habe seit 2001 in drei Koalitionen politische Verantwortung getragen - mit den Grünen, der Linkspartei und jetzt mit der CDU. Ich habe gute Kontakte in alle Parteien und bin dort respektiert. Es ist immer gut, auch 2016, mehrere Koalitionsoptionen zu haben. Denn unser Ziel ist klar: Wir wollen als SPD weiter den Regierenden Bürgermeister stellen und diese Stadt regieren!

Wie würden Sie Ihren Politikstil beschreiben?

Mein Politikstil ist ruhig, unaufgeregt, aber immer direkt. Ich bin bereit, ohne vorgefasste Meinung zuzuhören, alle Seiten zu

weiter auf Seite 4



Foto: Markus Wächter

Raed Saleh

Was waren für Sie die drei wichtigsten Motive, um Ihre Kandidatur zu erklären?

Berlin ist heute eine reicher werdende Stadt, die aber nicht unbedingt gerechter geworden ist. Wir haben Kieze, in denen junge Leute nicht an den eigenen sozialen Aufstieg glauben. Aber gerade auch die Mittelschicht, Alleinerziehende und Familien mit Kindern haben es heute - auch wegen der steigenden Mieten - schwer, sich etwas aufzubauen. Das zeigt, dass die SPD in Berlin besonders gebraucht wird. Als jemand, der in der Heerstraße Nord aufgewachsen ist und Arbeiter war, kann ich die Werte der SPD authentisch vertreten. Und damit können wir die Wahlen 2016 gewinnen.

Mein zweites Motiv ist ein neues Miteinander in der Stadt. Ein Beispiel: Wenn man falsch parkt, gibt es ein Ticket - aber beim Schulschwänzen hat der Staat zu lange weggeschaut. Mit der Fraktion haben wir angefangen, das zu ändern und Bußgelder fürs Schulschwänzen geschaffen. Damit sichern wir den sozialen Aufstieg für diese Kinder. Die Botschaft ist: Wir lassen kein Kind zurück.

Wenn man klare Regeln und klare Ansagen bei Jugendlichen macht, muss man aber auch insgesamt konsequent sein. Rund um den Oranienplatz hat sich gezeigt, dass Politik den Mut braucht, sich am Rechtsstaat zu orientieren. Letztlich ist das auch für die Flüchtlinge die richtige Politik. Humanität heißt nicht, dass wir die Besetzung von Plätzen zulassen.

Mein drittes Thema ist die Wirtschaftspolitik. Ich möchte, dass wir noch stärker auf die Gründung neuer Unternehmen setzen. Ich bin selbst Start-Up-Unternehmer und will den vielen Menschen mit guten Ideen in dieser Stadt Mut machen, ihre

weiter auf Seite 4



Foto: Dirk Bleicker

Jan Stöß

Was waren für Sie die drei wichtigsten Motive, um Ihre Kandidatur zu erklären?

Ich will mit den Mitgliedern der SPD gemeinsam dafür kämpfen, dass die SPD in Berlin stärkste Kraft bleibt und die Wahlen 2016 gewinnt. Damit das gelingt, müssen wir jetzt die Weichen richtig stellen. Wir sind stolz darauf, was wir gemeinsam erreicht haben. Die Wirtschaft wächst, immer mehr Menschen aus aller Welt finden hier Arbeit, wir sind eine Kulturhauptstadt der Welt. Aber wir dürfen nicht stehen bleiben. Wir brauchen auch die Kraft zur Erneuerung dort, wo wir Vertrauen verloren haben. Ein bloßes "Weiter so" reicht nicht. Die SPD braucht nach 25 Jahren in der Regierungsverantwortung den Mut und die Kraft zur Erneuerung. Dafür stehe ich.

Diese Erneuerung brauchen wir vor allem beim Kampf für ein stärkeres Miteinander, für mehr soziale Gerechtigkeit. Wie leben wir in Berlin zusammen? Wie schließen wir die immer stärker wachsende Kluft zwischen den Gewinnern eines rasanten Wachstums und denen, die nicht davon profitieren? Wie organisieren wir ein soziales Berlin? Wie schaffen wir es, die Kultur des Misstrauens, die zwischen der Politik und den sozialen Trägern Einzug gehalten hat, zu überwinden? Ich will weniger Auseinanderdriften und mehr Miteinander. Deshalb bin ich in die SPD eingetreten und deshalb will ich auch die Regierungspolitik der SPD sozial gerecht gestalten.

Wie würden Sie Ihren Politikstil beschreiben?

Seit 2012 bin ich der Landesvorsitzende der Berliner SPD. In dieser Zeit habe ich bewiesen, dass ich zuhören und zusammenführen kann. Dass ich auf die Ideen und die Stimme unserer Mitglieder großen Wert lege. Deshalb habe ich das Mitgliedervotum

weiter auf Seite 4



Michael Müller

beleuchten. Ich kann den Ausgleich herstellen und dabei trotzdem in Konflikte gehen. Da halte ich auch Gegenwind aus. Diese Eigenschaften haben mir in den vielen Jahren, die ich Politik mache, Respekt über politische Grenzen hinaus eingebracht. Mir geht es insgesamt um einen Stil der Politik, der von Ernsthaftigkeit, Sachlichkeit und Dialog geprägt ist. Wichtige Eigenschaften, um verlorenes Vertrauen bis 2016 zurückzugewinnen.

Gibt es eine Erfahrung in Ihrem Leben, die Sie als politisch besonders prägend empfunden haben und was wollen Sie aus Ihrer Parteiarbeit bzw. dem Berufsleben in das neue Amt einbringen?

Wenn man wie ich seit Jahrzehnten politisch arbeitet, gibt es viele prägende Erlebnisse. Für mich war es immer wichtig, den Kontakt zum „normalen“ Leben zu halten. In der Familiendruckerei habe ich früh gelernt, was es bedeutet, wenn man als Selbstständiger für sein eigenes Auskommen, aber auch das von anderen Verantwortung trägt. Ich habe gerne auch noch als Abgeordneter an der Druckmaschine gestanden. Das erdet. Politisch hat es mich natürlich besonders geprägt, dass ich seit 2001 das neue Berlin mit gestalten konnte. Auch wenn vielleicht nicht alles perfekt gelaufen ist, haben wir seitdem viel für die Berlinerinnen und Berliner erreicht. Ich möchte diese persönlichen und politischen Erfahrungen weiter für Berlin einbringen. Dabei wird mir der persönliche Kontakt mit den Menschen helfen, an das zu denken, was wichtig ist - in Berlin allen ein zuhause zu geben.

In welchen Politikfeldern ist Berlin in Ihren Augen besonders gut aufgestellt?

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten können auf das Erreichte der letzten Jahre stolz sein. Die Arbeitslosigkeit ist halbiert, Berlin ist Kulturhauptstadt, hat sich von der schrumpfenden zur wachsenden Stadt entwickelt und unter allen Bundesländern das höchste Wirtschaftswachstum. Mit den kostenlosen Kita- und Studienjahren und der Einführung der Sekundarschule haben wir viel für die Chancengleichheit erreicht. Und in der Wohnungspolitik konnte ich als Stadtentwicklungssektor in zweieinhalb Jahren die Mietpolitik vom Kopf auf die Füße stellen, den Wohnungsbau ankurbeln und mietendämpfend eingreifen.

Wo sehen Sie in der Stadt den dringenden Handlungsbedarf?

Im letzten Jahr sind 50.000 Menschen zu

weiter auf Seite 5



Raed Saleh

Ideen umzusetzen. Gleichzeitig müssen wir im Ausland noch stärker für Berlin als Wirtschaftsstandort werben und die Unternehmen aus aller Welt einladen, hierher zu kommen und die großartige Dynamik Berlins zu nutzen.

Wie würden Sie Ihren Politikstil beschreiben?

Mir ist wichtig alle Meinungen und Positionen einzubeziehen. Wir kommen dann zu guten Entscheidungen, wenn es uns gelingt, Brücken zu bauen. Zu meinem Politikstil gehört aber auch, klare Positionen zu formulieren, für die ich dann leidenschaftlich werbe. Einer inhaltlichen Diskussion gehe ich nie aus dem Weg. Mir ist wichtig, Entscheidungen möglichst so zu treffen, dass man am Ende nicht in Gewinner oder Verlierer unterscheidet. Damit war ich als Fraktionsvorsitzender schon oft erfolgreich.

Gibt es eine Erfahrung in Ihrem Leben, die Sie als politisch besonders prägend empfunden haben und was wollen Sie aus Ihrer Parteiarbeit bzw. dem Berufsleben in das neue Amt einbringen?

Es hat mich sehr geprägt, dass mir als Jungen aus einfachen Verhältnissen Vertrauen geschenkt wurde. Meine Lehrerinnen, von denen eine übrigens Sozialdemokratin ist, haben mich sehr geprägt. Sie haben mich weit über die eigentlichen Aufgaben einer Lehrerin hinaus unterstützt, mich gefördert, mir Mut gemacht und Vertrauen geschenkt. Dieses Vertrauen will ich nun an die vielen Jugendlichen in Berlin zurückgeben, die bislang das Gefühl haben, keine Chance zu haben. Ich will sie ermutigen ihren Weg zu gehen.

Zum anderen hat mich geprägt, dass ich schon früh gearbeitet und eigenes Geld verdient habe. Ich weiß wie es ist, in normalen Jobs zu arbeiten, morgens früh aufzustehen und den ganzen Tag hart zu arbeiten. Ich weiß auch wie es ist, in einer Familie zu leben, in der nicht jeder Wunsch erfüllbar war, auch wenn es für Stifte und Schulzeug immer gereicht hat. Harte Arbeit wartet auch im Roten Rathaus auf den nächsten Bürgermeister. Damit kenne ich mich aus. Ich will aber ins Rote Rathaus auch die Wertschätzung und den Respekt für die vielen Berlinerinnen und Berliner mitnehmen, die hart für sich und ihre Familien arbeiten.

In welchen Politikfeldern ist Berlin in Ihren Augen besonders gut aufgestellt?

Die solide Haushaltspolitik ist zu einem sozialdemokratischen Markenzeichen geworden. Klaus Wowereit hat es geschafft, dass wir in Berlin tatsächlich einen Menta-

weiter auf Seite 5



Jan Stöß

vorgeschlagen und durchgesetzt. Ich gehe aber auch Konflikten nicht aus dem Weg, wenn ich der Überzeugung bin, dass etwas schief läuft oder stecken bleibt. Oder Ungerechtigkeit herrscht. Darauf kann man sich bei mir verlassen: Ich werde auch als Regierender sagen, was ich tue und tun, was ich sage.

Gibt es eine Erfahrung in Ihrem Leben, die Sie als politisch besonders prägend empfunden haben und was wollen Sie aus Ihrer Parteiarbeit bzw. dem Berufsleben in das neue Amt einbringen?

Da gibt es nach über 25 Jahren politischen Engagements in und für die SPD einige. Als Jusos hat mich der Irak-Krieg 1991 politisiert, als junger Student und Anwalt haben mich die Reformen der Agenda 2010 und ihre Auswirkungen beschäftigt und als Abteilungs-, Kreis- und schließlich Landesvorsitzender trieb und treibt mich immer wieder die Frage des sozialen Zusammenhalts in Berlin um. Unsere Stadt wächst. Wir dürfen diesen Wandel nicht nur verwalten, wir müssen ihn gestalten. Ich will nicht, dass die Kluft zwischen jenen, die vom Wachstum profitieren und jenen, die vergessen werden, immer größer wird. Ich will, dass das Wachstum Berlins bei allen ankommt.

In welchen Politikfeldern ist Berlin in Ihren Augen besonders gut aufgestellt?

Berlin ist heute eine der attraktivsten Städte der Welt. Das Kulturangebot in der Stadt ist absolut faszinierend. Wir ziehen kreative, kluge Köpfe an, die Unternehmen gründen und Neues entwickeln. Unsere Wissenschaftslandschaft, unsere Universitäten und Forschungseinrichtungen sind Weltklasse. Diese Stärken Berlins müssen wir erhalten.

Wo sehen Sie in der Stadt den dringenden Handlungsbedarf?

Berlin wächst und es wächst rasant. Jetzt müssen wir auch in das Wachstum investieren. Unsere Straßen, Schulen, Parks und Sportplätze haben es nötig. Wir dürfen den Wandel in der Stadt nicht nur verwalten, wir müssen ihn gestalten. Und zwar sozial gerecht. Es müssen wieder mehr bezahlbare Mietwohnungen gebaut werden, dafür haben wir die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften. Busse und Bahnen und das Radwegenetz müssen mit dem Wachstum mitkommen. Öffentliche Investitionen müssen und können wir auch öffentlich finanzieren. Und die Berliner Verwaltung darf nicht weiter schrumpfen, sie muss so ausgestattet werden, dass sie gerade in den

weiter auf Seite 5



Michael Müller

uns nach Berlin gezogen. Bis 2030 werden 250.000 kommen. Da entspricht der Größe eines Berliner Bezirkes. Da gibt es viel zu tun. Wir brauchen mehr Wohnungen, Kita- und Schulplätze. Die Infrastruktur muss Schritt halten mit dem Wachstum. Dafür müssen wir die gewonnenen finanziellen Spielräume nutzen. Ich weiß, dass viele Menschen auch Angst vor den Veränderungen haben. Es wird wichtig sein, ihnen Sicherheit im Wandel zu geben. Ich will deswegen weiter an einem solidarischen Berlin arbeiten, in dem die Menschen von ihrer Arbeit leben können, es genügend bezahlbaren Wohnraum gibt und sich die Berlinerinnen und Berliner auf den Staat verlassen können. Dafür brauchen wir dort mehr Personal, wo die Menschen darauf angewiesen sind - zum Beispiel in Bürgerämtern und Elterngeldstellen.

Wird mit Ihnen ab Dezember 2014 alles anders? Und was stellen Sie sich mit Blick auf 2016 vor?

Natürlich wird nicht alles anders. Warum auch. Wir haben wie bereits erwähnt viel für die Stadt erreicht. Aber es ist auch klar, dass wir Vertrauen verloren haben. Das müssen wir durch ehrliche Arbeit zurückgewinnen. Ich will wissen, wo den Berlinerinnen und Berlinern „der Schuh drückt“, Bürgersprechstunden abhalten, aber auch wieder mehr in die Bezirke gehen. Wir müssen in den nächsten Jahren erst einmal die offenen „Baustellen“ beenden, bevor wir Neues anfangen. Transparenz und Bürgerbeteiligung werden meine Politik begleiten. Wenn wir zuhören und anpacken, können wir die Menschen von unserer sozialdemokratischen Idee eines solidarischen, bunten, weltoffenen, sozialen und dynamischen Berlins überzeugen. Dafür will ich arbeiten und dafür, dass die SPD 2016 wieder die stärkste Partei wird. □



Raed Saleh

litätswechsel hinbekommen haben. Vor 14 Jahren waren wir quasi pleite. Heute kommen wir ohne neue Schulden aus und haben wieder Spielräume. Ich sehe es als Verpflichtung an, diesen oft unbequemen Weg weiter zu gehen.

Wer heute die Haushaltskonsolidierung aus dem Blick verliert, der riskiert härtere Einschnitte in der Zukunft. Deshalb habe ich vorgeschlagen, dass wir unsere aktuellen Überschüsse zur einen Hälfte in die Stadt investieren - in Infrastruktur, Schulen, Kitas, und Hochschulen - und zur anderen Hälfte für den Abbau des immer noch riesigen Schuldenbergs verwenden.

Wo sehen Sie in der Stadt den dringenden Handlungsbedarf?

Wie bereits angedeutet besteht vor allem bei den Investitionen Handlungsbedarf und wir müssen alles dafür tun, um zu mehr Gerechtigkeit und einem neuen Miteinander zu kommen.

Wird mit Ihnen ab Dezember 2014 alles anders? Und was stellen Sie sich mit Blick auf 2016 vor?

Als Regierender Bürgermeister werde ich die gute Regierungsarbeit der SPD fortsetzen. Vieles von dem was wir in den letzten Jahren gemacht haben, haben wir aus der Fraktion heraus maßgeblich unterstützt bzw. geprägt. Ich kann also direkt an die Arbeit der letzten Jahre anknüpfen. Natürlich werde ich auch neue Akzente setzen, um das neue Miteinander zu erreichen und den sozialen Aufstieg zu erleichtern. Als Person stehe ich durch meine ganz persönliche Aufstiegs Geschichte für die Werte der SPD.

Schon jetzt sind viele Menschen in der Stadt neugierig auf diese neue Berliner Erzählung. Daneben habe ich Stabilität und Verlässlichkeit bewiesen - beides wird uns den Wahlsieg 2016 bringen. □



Jan Stöß

Bezirken wieder ihre Aufgaben erfüllen kann. Wir brauchen eine leistungsfähige Verwaltung, wenn wir das Wachstum gestalten wollen.

Die SPD steht für die Verbindung von Fortschritt mit sozialer Gerechtigkeit. Das sind keine Gegensätze. Deshalb steht die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen im Mittelpunkt meiner Politik. Ich will private Investitionen in Arbeitsplätze stärken. Die Gewerkschaften und die Berliner Wirtschaft sind dafür starke Partner. So sollen mehr Menschen in Arbeit kommen und die Löhne und Gehälter steigen. Das Gründen und Erfinden gehört zur Erfolgsgeschichte Berlins und daran wollen wir anknüpfen.

Ich will hart dafür arbeiten, dass alle Berliner, egal welcher Herkunft, die Chance haben, das Beste aus dem eigenen Leben zu machen. Das fängt in Kitas und Schulen an, das hört bei der Ausbildung, guter Arbeit und einem würdigen Lebensabend nicht auf. Familie, Kinder und Beruf müssen vereinbar sein. Berlin ist nicht nur die junge, boomende Metropole. Hier leben auch immer mehr ältere Menschen. Ich habe mich dafür stark gemacht, dass die SPD mit der Forderung nach einer gerechten Rente, von der man im Alter leben kann, und der Angleichung von Ost und West in den Wahlkampf gezogen ist. Diesen Kurs will ich fortsetzen.

Wird mit Ihnen ab Dezember 2014 alles anders? Und was stellen Sie sich mit Blick auf 2016 vor?

Es wird nicht alles anders, aber manches schon. Mit einer Politik, die auf einen Neuanfang für mehr soziale Gerechtigkeit und Zusammenhalt in Berlin setzt, werden wir 2016 die Wahl gewinnen. Wir müssen zusammenhalten, was zusammen gehört. Dafür steht die SPD und dafür werde ich als Regierender Bürgermeister stehen. □

Vier Mitgliederforen

Das erste Mitgliederforum mit den drei Kandidaten findet am 23. September im Willy-Brandt-Haus statt. Beginn ist um 19 Uhr. Unter livestream.spd-berlin.de ist eine Übertragung im Internet geplant.

Drei weitere Mitgliederforen finden im Oktober statt. Mitgliederforum 2 am Mittwoch, dem 1. Oktober ab 19 Uhr im JugendKulturZentrum PUMPE, Lützowstr. 42, 10785 Berlin. Mitgliederforum 3 am Mittwoch, dem 8. Oktober ab 19 Uhr im Kulturhaus Karlshorst, Treskowallee 112, (Ecke Dönhoffstraße), 10318 Berlin.

Mitgliederforum 4 am Dienstag, dem 14. Oktober ab 19 Uhr im Bayer HealthCare Pharmaceuticals Auditorium, Müllerstr. 178, 13353 Berlin.

Alle Veranstaltungsorte sind barrierefrei. Falls Assistenzbedarf für Menschen mit Behinderungen besteht, ist eine Anmeldung unter Tel. 030.4692-222 erbeten.

Die Stimmzettel

Am gestrigen Freitag sind die gut 17.000 Wahlunterlagen in die Post gegangen. Sie enthalten eine Informationsbroschüre zum Verfahren und einer Kandidatenvorstel-

lung sowie die Stimmzettel. Die ausgefüllten Stimmzettel müssen zusammen mit der eidesstattlichen Versicherung bis zum 17. Oktober um 24 Uhr im eigens dafür eingerichteten Postfach eingetroffen sein. Eine Abgabe der Stimmzettel in den SPD-Büros ist nicht möglich.

Am 18. Oktober werden die Stimmzettel im Kurt-Schumacher-Haus von den Mitgliedern der Wahlkommission sowie einer begrenzten Zahl freiwilliger Helfer ausgezählt. Sollte im 1. Wahlgang kein Kandidat die absolute Mehrheit erreicht haben, entscheidet eine Stichwahl. Mehr: www.spd-berlin.de/mitgliedervotum

Olympia-Bewerbung:

„Intensiven Dialog führen“

Forum Sport unterstützt Berliner Bewerbung

Das Forum Sport der SPD Berlin hat die Bewerbung um die Ausrichtung der Olympischen und Paralympischen Sommerspiele 2024 oder 2028 ausdrücklich begrüßt. „Berlin hat oft bewiesen, dass es tolle sportliche Großereignisse ausrichten kann. Jetzt müssen wir dafür sorgen, dass möglichst alle Berlinerinnen und Berliner eine positive Stimmung erzeugen und hinter einer Bewerbung stehen“, erklärte die Vorsitzende des Forum Sport, Karin Halsch (MdB).

Voraussetzung dafür sei, so Karin Halsch, „ein intensiver Dialog, dem wir uns stellen werden“. „Olympische und Paralympische Spiele sollen sich nicht nur für die Sportlerinnen und Sportler, sondern auch für alle Berlinerinnen und Berliner und unser Umland ‚lohlen‘ - sie müssen ökologisch, wirtschaftlich und nachhaltig sein und zur Stadt passen“, so die Sportpolitikerin. „Wir begrüßen, dass die Berlinerinnen und Berliner auf Basis eines zu er-



Karin Halsch leitet das Forum Sport der Berliner SPD, in dem Vertreter von Vereinen, Verbänden und Sportpolitiker mitarbeiten. Foto: Horb

stellenden Bewerbungskonzepts bewusst über eine Bewerbung für Olympische und Paralympische Spiele entscheiden sollen.“

Das Forum Sport wolle den Berliner Senat im Bestreben einer Bewerbung unterstützen. Karin Halsch: „Seine Mitglieder wollen dabei mithelfen, das größte Sportereignis der Welt nach Berlin zu holen.“

BS □

Pankow:

Spontan ins Bürgeramt?

Die SPD-Fraktion in der BVV Pankow hat das Bezirksamt aufgefordert, die Sprechstunden der Bürgerämter wieder für spontane Besuche zu öffnen.

Seit einiger Zeit ist der Besuch eines Bürgeramts in fast allen Berliner Bezirken nur noch nach vorheriger Terminvergabe möglich. Die Wartezeiten für einen solchen Ter-

min liegen im Mittel bei etwa fünf Wochen, zum Teil muss sogar bis zu acht Wochen gewartet werden. Dies sei insbesondere bei dringlichen Angelegenheiten nicht zumutbar: „Die jetzige Praxis widerspricht unserem Verständnis von einer bürgerfreundlichen Verwaltung“, so die SPD-Fraktionsvorsitzende Rona Tietje.

Lichtenberg:

Frieda-Rosenthal-Preis würdigt Engagement

Zur Erinnerung an die Lichtenberger Kommunalpolitikerin und Widerstandskämpferin Frieda Rosenthal hat die SPD-Abgeordnete Birgit Monteiro 2009 einen Preis für sozial engagierte Lichtenberger Bürgerinnen und Bürger gestiftet. In diesem Jahr geht der „Frieda-Rosenthal-Preis“ an Andreas Wächter.

„Unsicher und unerfahren waren wir in Lichtenberg viele Jahre in der Frage, wie wir mit dem Naziproblem im Weitlingkiez, aber auch andernorts, umgehen sollten“, so Birgit Monteiro in ihrer Laudatio. „Wir mussten lernen, dass Zivilcourage nicht einfach da ist, sondern aus gegenseitigem Vertrauen, aus erworbenen Kompetenzen, aus Solidarität und aus Selbstbewusstsein der Demokraten entsteht und entstehen kann. Wir lernten, dass das Ganze kein technokratischer Vorgang ist, dass es dafür keinen Automatismus gibt, sondern dass Zivilcourage mit Menschen zu tun hat, mit ganz realen Menschen. Menschen, wie Andreas Wächter.“

Wächter, Gewerkschafter und parteilos, war von 2007 bis Mai 2014 der Koordinator für die beiden Lokalen Aktionspläne in Lichtenberg-Mitte und Hohenschönhausen, die im Rahmen des Bundesprogramms „Toleranz fördern - Kompetenz stärken“ finanziert wurden und bis Ende des Jahres noch finanziert werden. Er habe diese Arbeit geprägt, sich trotz persönlicher Bedrohung den Nazis entgegenzustellen. Jetzt engagiert er sich weiter ehrenamtlich im Lichtenberger Bündnis für Demokratie und Toleranz.

BS □

Die Altschulden in den Griff bekommen

SPD stellt Eckpunkte für die Verhandlungen zum Länderfinanzausgleich vor

Fünf Eckpunkte für die laufenden Verhandlungen zum Länderfinanzausgleich haben die SPD-Bundestagsabgeordnete Cansel Kiziltepe und der SPD-Landesvorsitzende Jan Stöß und auf einer Pressekonferenz vorgestellt.

Dem Länderfinanzausgleich kommt die Aufgabe zu, für gleichwertige Voraussetzungen in allen Teilen Deutschlands zu sorgen. Zwar erreichte Berlin 2013 das höchste Wirtschaftswachstum aller Bundesländer und die größte Steigerung bei sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen, es drücken aber vor allem Altschulden aus der Zeit des CDU-geführten Senats. „Für die Altschulden brauchen wir eine strukturelle Lösung, die es den Ländern ermöglicht, ihren Schuldenstand zu

reduzieren und damit ihre Zinsbelastung zu senken“, heißt es im Papier. „Gleichzeitig darf die notwendige Schuldentilgung nicht die finanziellen Handlungsspielräume von Ländern und Kommunen soweit einschränken, dass dringend erforderliche Zukunftsinvestitionen nicht mehr getätigt werden können.“ Gespeist werden könnte der Fonds aus dem bisherigen Steueraufkommen des Solidaritätszuschlags in Höhe von 18 Milliarden Euro, dessen gesetzliche Grundlage 2020 entfällt.

Zu den fünf Eckpunkten gehören neben der Lösung der Altschuldenfrage die Beibehaltung der Stadtstaatenwertung und der Ergänzungsmittel des Bundes. Zudem dürften Forschungsfördergelder, die an herausragende Wissenschaftseinrichtun-

gen in Berlin fließen, nicht pauschal im Länderfinanzausgleich verrechnet werden. Angeregt wird zudem die Einrichtung einer Bundessteuerverwaltung. „Ein einheitlicher Steuervollzug könnte mehr Steuergerechtigkeit schaffen und würde zu erheblichen Mehreinnahmen für Bund und Länder insgesamt führen“, heißt es im Papier.

Die Berliner Bundestagsabgeordnete Cansel Kiziltepe ist Mitglied in der Koalitions-AG zum Thema Länderfinanzausgleich und Berliner Expertin für das Thema Finanzpolitik. Der Berliner SPD-Vorsitzende Jan Stöß hatte sich bereits im vergangenen Jahr für einen Altschuldentilgungsfonds ausgesprochen, um den Bundesländern Investitionsmöglichkeiten zu erhalten. BS □

25 Jahre Mauerfall

„Keine Heldengeschichten“

Ausstellung im Bürgerbüro von Clara West

Noch heute weiß vermutlich jede BerlinerIn und jeder Berliner, wo sie oder er war, als am 9. November 1989 die Mauer fiel. Die Ausstellung „Keine Heldengeschichten“ im Bürgerbüro der Pankower SPD-Abgeordneten Clara West wirft einen Blick auf die Tage davor und danach und nimmt den Betrachter mit in die Zeit des Aufbruchs, Umbruchs - und die Gründung der Sozialdemokratischen Partei in der DDR.

Mit Dokumenten aus den privaten Archiven einiger Genossen werden aus „Geschichte“ Geschichten - persönlich und belegend. Wie war das damals? Wer fuhr nach Schwante, um diese Partei zu gründen? Wie baut man eine Partei auf in einem Staat, der sich als Ein-Parteien-Staat versteht? Die Reihe dokumentiert die Zeit von der Gründung der SPD über die ersten freien Wahlen bis zum politischen Alltag im Umbruch.

In Gespräch mit denjenigen, die die neue Partei damals aufgebaut haben, soll auch die Frage gestellt werden, was von damals in der heutigen Politik noch geblieben ist.

Nach einem Gespräch am 19. September mit Anke Reuther, ehemalige Kreisvorsitzende der SPD und ehemaliges Mitglied des Abgeordnetenhauses, wird die Pankower SPD-Abgeordnete Dr. Clara West zwei weitere spannende Gäste bei einer „Sofarunde“ in ihrem Bürgerbüro in der Naugarder Straße begrüßen. Sie werden erzählen, wie sie damals zur SPD gekommen sind.

○ Karl-Heinz Gewalt, aufgewachsen in



Bis 30. November ist die Ausstellung im Bürgerbüro von Clara West zu sehen.

der Naugarder Straße 2, Fleischer- und Rudermeister, Ökonom und ehemaliger Bezirksstadtrat in Prenzlauer Berg am 10. Oktober ab 19 Uhr

○ Dr. Hans-Peter Seitz, Physiker und im Strudel der Ereignisse mitgerissen bis zum Parlamentarischen Geschäftsführer der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus am 17. Oktober ab 19 Uhr **PM** □

➔ Keine Heldengeschichten“ - 25 Jahre nach der Gründung der SPD, Ausstellung und Veranstaltungsreihe im Bürgerbüro Dr. Clara West, Naugarder Str. 43, 10409 Berlin

Blick nach vorn

25 Jahre friedliche Revolution: Gespräch mit Hans Misselwitz

Am 21. September lädt der Pankower SPD-Bundestagsabgeordnete Klaus Mindrup zu einem Gespräch mit Dr. Hans Misselwitz in die Villa Hildebrand „Kavalierrhaus“ in Pankow ein.



Hans Misselwitz.

Foto: privat

Dr. Hans Misselwitz, Jahrgang

1950, war in der DDR als Biochemiker und Theologe tätig und zur Wendezeit Pfarrer in Hennigsdorf bei Berlin. 1981 war er zusammen mit seiner Frau Ruth Misselwitz

Mitbegründer des Pankower Friedenskreises.

Er engagierte sich in der Gründungsinitiative der SPD und war ab 1990 Abgeordneter der Volkskammer der DDR und Staatssekretär im Außenministerium der DDR. In dieser Funktion leitete er die Delegation der DDR in den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen. Nach der Wende arbeitete er unter anderem als Leiter für die brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung.

➔ 25 Jahre friedliche Revolution – ein Blick nach vorn. Gespräch mit Hans Misselwitz, Sonntag, 21. September 2014, von 15.00 bis 17.00 Uhr, Villa Hildebrand, „Kavalierrhaus“, Breite Str. 45, 13187 Berlin. Teilnahme bitte anmelden unter wahlkreisbuero@klaus-mindrup.de

SPD Neukölln:

Politik für das wachsende Neukölln

Mit der Entwicklung des wachsenden Bezirks, den Mieten und dem Wohnungsneubau hat sich der Kreisvorstand der SPD Neukölln auf einer Klausurtagung befasst. Die Ergebnisse sind in der Erklärung „Stadtentwicklung und Wohnen in Neukölln sozial gestalten“ festgehalten, die auf der Internetseite www.spd-neukoelln.de nachzulesen ist. Die SPD Neukölln spricht sich darin für die Stärkung des Mieterschutzes, die Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur und des Wohnumfelds sowie die Erhaltung des Quartiersmanagements aus. Geprüft werden soll die Einführung eines Milieuschutzes. □

Sprechstunde mit Ausstellung

Ab dem 26.9.2014 veranstaltet die Abgeordnete des Wahlkreis 5, Bruni Wildenhein-Lauterbach, regelmäßige Sprechstunden in Kooperation mit dem August-Bebel-Institut.

Zum Auftakt am 26. September besteht die Möglichkeit, von 15.00-16.00 Uhr an einer Führung durch die aktuelle Ausstellung „Menschen gegen den Krieg - Proteste in Berlin 1914/1918“ teilzunehmen. Im Anschluss steht Bruni Wildenhein-Lauterbach bis 17.00 Uhr zum Austausch sowie für Fragen und Anregungen zur Verfügung. Veranstaltungsort ist die Galerie des August-Bebel-Instituts in der Müllerstraße 163, 13353 Berlin.

Außerhalb der persönlichen Sprechstunden ist das Bürgerbüro von Bruni Wildenhein-Lauterbach Mo., Mi. und Do. jeweils von 14.00-19.00 Uhr oder nach Absprache besetzt und kann jederzeit telefonisch unter 030/4692-250 oder per E-Mail: buergerbuero@wildenhein-lauterbach.de erreicht werden. **BS** □

Fachausschuss Europa bereitet Treffen mit PS vor

Auf dem nächsten Treffen des Fachausschusses Europa berichtet Norbert Spinrath, europapolitischer Sprecher der SPD-Fraktion aus der „AG Angelegenheiten der EU“ der SPD-Bundestagsfraktion. Zudem wird die Begegnung mit den GenossInnen der Parti Socialiste aus Pariser Arrondissements vorbereitet, die turnusmäßig Ende September 2014 nach Berlin kommen.

➔ Dienstag, 23. September, 19 Uhr, auf Einladung von Frank Zimmermann im Abgeordnetenhaus zu Berlin, Niederkirchnerstraße 3, 10117 Berlin, Raum 377

FRAKTION INTERN

Stadtteiltage in Zehlendorf und Köpenick. Zu Zehlendorfer Stadtteiltagen am 17., 23. und 26. September hat die Abgeordnete Dr. Ina Czyborra eingeladen. SPD-Fraktionschef Raed Saleh nahm am Rundgang in den Dahlemer Museen teil. Weitere Termine: Kommunalpolitischer Rundgang durch Zehlendorf Mitte (23.9., 15.00 Uhr, Berliner Straße/Ecke Teltower Damm), Feministischer Filmabend (23.9., 20.00 Uhr, Bürgerbüro, Onkel-Tom-Straße 1, 14169 Berlin), Begehung der Ladenstraße im U-Bahnhof Onkel-Toms-Hütte (26.9., 13.00 Uhr, Eingang Onkel-Tom-Straße) sowie Bürgersprechstunde, Kinderfest und Grillabend (26.09., ab 16 Uhr, Platz an der Forbacher Str.).

Die Abgeordnete Renate Harant veranstaltet am 24. September ihren Köpenicker Stadtteiltag. Es besteht die Möglichkeit, sie u. a. an folgenden Orten zu begleiten: Besuch des neu eröffneten Speichermagazins der Stiftung Preußischer Kulturbesitz (14.45 Uhr, FürstenwalderDamm 388, 12589 Berlin), Besuch der Rahnsdorfer Fischerklaue und Fahrt auf der Ruderfähre Paule III mit Fraktionschef Raed Saleh (18.00 Uhr, Dorfstraße 13, 12 589 Berlin). Alle Termine: www.spdfraktion-berlin.de.

Planer im Untersuchungsausschuss BER. Der Untersuchungsausschuss BER hat den Planer des Flughafens, Meinhard von Gerkan, als Zeugen gehört. Er ist Diplomingenieur und Gründungspartner des Architekturbüros gmp, das als führendes Mitglied der Planungsgemeinschaft pg bbi die Planung des Flughafens BER, insbesondere auch des Terminalgebäudes verantwortete. Der Abgeordnete Frank Zimmermann, der für die SDP-Fraktion im Ausschuss sitzt, sagt: „Herr von Gerkan hat jede Verantwortung für den Zeitverzug und die mangelhaften Planungsleistungen des von ihm geführten Architekturbüros zurückgewiesen. Trotz der zahlreichen dokumentierten Mängelrügen über die Bauüberwachung sah von Gerkan 'keine Anzeichen' für seine Kündigung im Mai 2012. Dies deutet auf eine erstaunliche Verdrängungsleistung des Zeugen hin. Auch die Tatsache, dass die Planungsgemeinschaft die Insolvenz des technischen Planers IKG IGR im Februar 2010 nicht hat kompensieren können, gab dem Zeugen keinen Anlass zur Selbstkritik. Mehrfach äußerte von Gerkan sein Unverständnis über die vielen Einzelhandels-geschäfte im Terminal und die - wie er sagte - 'fachfremden' Anforderungen an die Planung. Insgesamt hat sich die Erkenntnis bestätigt, dass sich der Chefplaner des Flughafens damals wie heute mit Schuldzuweisungen an andere von jeder Verantwortung freizuzeichnen versucht. Aus den Akten ergibt sich ein anderes Bild.“ **cs** □



Die Reinickendorfer SPD hatte zum Fest auf der Familienfarm Lübars geladen. Zahlreiche Familien nutzen mit ihren Kindern die Unterhaltungsangebote und informierten sich an den Ständen der Reinickendorfer Initiativen und Vereine über die Angebote im Kiez. Foto: Karin B. Mademann

Arbeitsgemeinschaften:

„Korruption bestrafen“

ASG für neuen Straftatbestand im Gesundheitswesen

Für eine wirksame Ahndung der Korruption im Gesundheitswesen reichen die bestehenden berufs- und sozialrechtlichen Vorschriften nicht aus. Das wurde auf einer Veranstaltung der Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratischen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG) deutlich.

Strafverfolgungsbehörden müssen die notwendigen Kompetenzen zur Aufklärung und Bestrafung Angehöriger von Heilberufen erhalten. Notwendig sei deshalb die Schaffung eines Straftatbestands, mit dem Bestechlichkeit und Bestechung im Gesundheitswesen wirksam bekämpft werden können, forderte der Vorsitzende des Bundestags-Gesundheitsausschusses,

Prof. Dr. Edgar Franke, bei der Mitgliederversammlung der Berliner ASG.

Bei der Umsetzung der geplanten Regelungen dürften jedoch nicht innovative Versorgungsformen wie etwa zur integrierten Versorgung erschwert werden. „Es muss jetzt eine praktikable Lösung gefunden werden, die die Versorgungsrealität nicht beeinträchtigt“, so Franke.

„Es ist ein großer Erfolg für die SPD, dass ihre Forderung nach Schaffung eines Straftatbestands der Korruption im Gesundheitswesen Eingang in den Koalitionsvertrag der Großen Koalition gefunden hat“, bekräftigte Boris Velter, Vorsitzender der ASG Berlin, die Initiative Edgar Frankes.

PM □

Fachausschüsse:

Verflechtung nimmt zu

FA Internationales diskutiert Zusammenarbeit mit China

In Zusammenarbeit mit der Deutschen Asia Pacific Gesellschaft e.V. lädt der Fachausschuss Internationales am 24. September zu einer Diskussion über die „Perspektiven Europäischer China-Politik“.

Mit wachsender Zusammenarbeit zwischen EU und China, nehmen auch gegenseitige Verflechtung und die Abhängigkeit beider Regionen zu. Im Bereich des Warenaustauschs wird deutlich: Schon heute ist die EU größter Handelspartner Chinas - und China ist zweitgrößter Handelspartner der EU.

Auch in den Bereichen Wissenschaft, Politik und dem gesellschaftlichen Alltag bilden sich tagtäglich neue Verflechtungen. Wo Verbindungen gedeihen, ent-

steht auch Verantwortung für Pflege und Ausbau der Beziehungen, unter Berücksichtigung eigener Interessen.

Doch wie erreicht es Deutschland, einen langfristigen Diskurs mit China einzugehen und welche Rolle spielt dabei die Europäische Union für Deutschland? Welche Bedeutung haben in diesem Diskurs die wechselseitig für wesentlich gehaltenen Normen und Werte? Kann uns die EU helfen, unsere Bedürfnisse auf Augenhöhe zu kommunizieren? Wer sind die Akteure auf einzelnen Ebenen und welche Erfahrungen hat China im Umgang mit der EU gemacht?

PM □

➡ Mittwoch, 24. September 2014, 18 Uhr, Abgeordnetenhaus von Berlin, Niederkirchnerstr. 5, 10117 Berlin, Raum 376

Finanzen:

Eine Milliarde mehr für Bildung

Swen Schulz begrüßt Erhöhung im Bundeshaushalt

Bei der ersten Lesung des Haushaltsplanes 2015 hat Swen Schulz, SPD-Berichterstatter für Bildung und Forschung im Haushaltsausschuss, die Verbesserungen im Regierungsentwurf hervorgehoben: „Gegenüber der Finanzplanung der letzten Bundesregierung haben wir über eine Milliarde Euro für Bildung und Forschung draufgepackt. Das ist beachtlich.“

Die Bildungs- und Forschungspolitik werde in langen Linien fortentwickelt: „Das BAföG wird ausgebaut und die Länder werden massiv und auf Dauer entlastet“, so Schulz weiter. „Der Hochschulpakt wird verlängert, sollte dabei zugunsten der Lehre verbessert und schon für seine zweite Phase aufgestockt werden. Der Pakt für Forschung und Innovation wird ansteigend finanziert, wobei Erfordernisse etwa zur Förderung von Frauen und von wissenschaftlichem Nachwuchs besser berücksichtigt werden sollten. Und die Projektförderung erhält weitere Akzentsetzungen et-



Swen Schulz ist SPD-Berichterstatter für Bildung und Forschung im Haushaltsausschuss. Foto: SPD

wa für Alphabetisierung und Grundbildung, für Arbeits-, Dienstleistungs- und für Friedensforschung.“

Dies sind wichtige Erfolge der Großen Koalition. Allerdings sollte Schulz zufolge noch mehr passieren: „Wir müssen uns in der Koalition, mit der Bundesregierung und im Bundestag darüber unterhalten,

wie wir mittelfristig die Aufstiegsfortbildung, das sogenannte Meister-BAföG verbessern können. Denn wir dürfen nicht auf der einen Seite das BAföG für Schüler und Studierende verbessern, aber die berufliche Qualifizierung außen vor lassen.“

Darüber hinaus will Schulz prüfen, wie vorhandene Mittel dorthin umgeschichtet werden, wo sie dringend gebraucht werden: „Wir wissen aus verschiedenen Berichten, Untersuchungen und Evaluierungen, dass die Perspektiven für den wissenschaftlichen Nachwuchs verbessert werden müssen. Dafür sollten wir beginnend mit dem Etat 2015 Mittel umschichten.“

Auf der Basis der Grundgesetzänderung für mehr Kooperation zwischen Bund und Ländern sollte die Große Koalition ihre Möglichkeiten dafür nutzen, eine neue Initiative zu ergreifen, die der Wissenschaft und der Lehre sowie den Nachwuchswissenschaftlern hilft. „Darüber sollten wir uns in den bevorstehenden Haushaltsverhandlungen verständigen“ **PM** □

Freihandelsabkommen:

Mehr Risiken als Chancen bei TTIP und CETA?

Kritik an Ablehnung der Europäischen Bürgerinitiative - Wirtschaftsforscher sehen Abkommen kritisch

Als falsches politisches Signal hat die Berliner SPD-Europaabgeordnete Sylvia-Yvonne Kaufmann die Entscheidung der EU-Kommission bezeichnet, die Europäische Bürgerinitiative zum Stopp der Handelsabkommen mit den USA (TTIP) und Kanada (CETA) für unzulässig zu erklären. Kritik am Verfahren kommt auch vom Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung, das die bislang vorliegenden Informationen und Studien zu TTIP und CETA untersucht hat. Skepsis sei höchst angebracht, so die Forscher.

„Mit der Entscheidung, die Bürgerinitiative abzulehnen, hat die EU-Kommission sich und dem europäischen Projekt einen Bärendienst erwiesen“, stellt die SPD-Europaabgeordnete Sylvia-Yvonne Kaufmann fest. Zur Begründung der Unzulässigkeit gibt die oberste EU-Behörde unter anderem an, dass ein internationales Handelsabkommen im Zuständigkeitsbereich des Rates und nicht der Kommission liege. Damit würde ein Kriterium für eine Europäische Bürgerinitiative, das die EU-Kommission als Adressat vorsieht, nicht erfüllt. Außerdem könne mit einer Bürgerinitiative die Kommission lediglich dazu

aufgefordert werden, einen Rechtsakt vorzulegen. Die von knapp 230 Organisationen aus 21 Mitgliedstaaten eingereichte Initiative 'Stop TTIP' will hingegen, dass die Verhandlungsmandate zu TTIP und CETA, bei denen es sich nicht um Rechtsakte, sondern um Vorbereitungsdokumente zwischen EU-Organen handelt, aufgehoben werden.

Sylvia-Yvonne Kaufmann, die 2009 als Berichterstatterin für die Umsetzung einer Europäischen Bürgerinitiative dieses Instrument der politischen Teilhabe in Europa aus der Taufe gehoben hat: „Gerade mal zwei Jahre seit dem Inkrafttreten der Europäischen Bürgerinitiative ein derart breit getragenes Anliegen abzulehnen, ist das falsche Signal. Es sind schließlich insbesondere die umstrittenen und schwierigen Themen, die auf eine offene Debatte zwischen Politik und Zivilgesellschaft angewiesen sind. Formfehler dürfen den Geist der Europäischen Bürgerinitiative nicht in Ketten legen.“

Für die kommende Plenarwoche des Parlaments in Straßburg haben die Sozialdemokraten das EU-Handelsabkommen mit Kanada auf die Tagesordnung gesetzt. Auch die jüngste Ablehnung der Bürgerinitiative wollen sie dabei thematisieren.

Unterdessen schätzen Wirtschaftsforscher die Chancen durch die Abkommen eher gering ein. „Selbst die optimistischsten Untersuchungen, deren Rahmenannahmen kaum realistisch erscheinen, kommen nur zu marginalen Wachstums- und Beschäftigungseffekten. Nennenswerte Zahlen ergeben sich überhaupt nur, wenn man die Effekte über einen langen Zeitraum von 10 bis 15 Jahren aufaddiert“, sagt Dr. Sabine Stephan, Außenhandlungsexpertin des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung. Dem stünden kaum zu kalkulierende Risiken durch die Investorenschutzklauseln gegenüber, betont Prof. Dr. Gustav A. Horn, der Wissenschaftliche Direktor des IMK. „Die Befürworter dieser Klauseln haben bis heute eine ebenso einfache wie fundamentale Frage nicht beantwortet: Warum soll ein Abkommen zwischen demokratischen Staaten mit funktionierenden Rechtssystemen eine Paralleljustiz vor extrem intransparenten Schiedsgerichten vorsehen?“ Horn warnt in diesem Zusammenhang auch vor einer Ungleichbehandlung von Unternehmen: „Wenn sich inländische Firmen der ordentlichen Gerichtsbarkeit unterwerfen, warum sollen international agierende Unternehmen das nicht auch tun?“ **BS** □

Antisemitismus-Debatte:

Die Hass-Parolen überwinden

Niedermeyer: Ungleiche Verantwortung für Gewalt - gleiche Verantwortung für Frieden

Mit seinem Debattenbeitrag antwortet Karl-Heinz Niedermeyer, Vorsitzender des Fachausschusses Internationales der Berliner SPD, auf den Artikel von Hans Kremendahl „Was jetzt gesagt werden muss“ (BS 15/16 vom 23.8.14)

In der vorletzten BERLINER STIMME gab es einen sehr lobenswerten Schwerpunkt des Eintretens gegen Antisemitismus auf dem Hintergrund der alarmierenden Parolen und Auftritte einiger Demonstrationsteilnehmer bei den Protesten gegen das israelische Vorgehen im jüngsten Gaza-Krieg, wobei ich vor allem die sehr konstruktiven Vorschläge für Maßnahmen im Bildungswesen durch die drei Vertreter/Innen der LAG Migration hervorheben möchte.

Daneben gab es aber auch den dezidiert pro-israelischen Artikel von Hans Kremendahl, der dann die gesamte Behandlung des Themas in der BS in eine asymmetrische Richtung gelenkt hat, die auch dem aus meiner Sicht zum Staatsziel bzw. zur Staatsraison erhobenen Ziel der Verteidigung der Existenz Israels auf lange Sicht nicht dienlich sein kann.

Ja, wir haben als Deutsche nicht nur auf dem Hintergrund des Holocaust die politische und moralische Verpflichtung, uns dafür einzusetzen, dass Jüdinnen und Juden gleich welcher Herkunft in dem von ihnen gewählten und in einer einzigartigen geschichtlichen Entwicklung zur Heimat gewordenen Land jederzeit Zuflucht vor den Verfolgungen finden können, von denen das jüdische Volk immer wieder heimgesucht wurde.

Aber für diese Verpflichtung sollten wir nicht den vordemokratischen und kalten Begriff der Staatsraison verwenden. Und wir sollten uns zugleich bewusst machen, dass wir auch für die Menschen und das Volk Verantwortung tragen, das von der Einrichtung und Aufrechterhaltung dieser Heimstätte für Jüdinnen und Juden in und aus aller Welt am stärksten betroffen ist, die Palästinenser. Denn ohne den in einzigartiger Weise verbrecherischen Versuch des nationalsozialistischen Deutschland, das jüdische Volk in der Welt vollkommen auszurotten, wären die Bedingungen für das Dilemma in und um Palästina, das auch zu dem jüngsten Gewaltausbruch in und um Gaza geführt hat, nicht entstanden.

Äußerlich besteht mit der Zwei-Staaten-Lösung, der wechselseitigen Anerkennung eines israelischen Staates und eines lebensfähigen und selbständigen Staates



Berliner Afa-Mitglieder auf der Demonstration gegen Antisemitismus und Judenhass am vergangenen Sonntag am Brandenburger Tor. Foto: Horb

Palästina in vereinbarten und international anerkannten Grenzen, einem internationalen Status Jerusalems als gemeinsame Hauptstadt beider Staaten und einer Lösung des palästinensischen Flüchtlingsproblems auf der Basis einer grundsätzlichen Anerkennung des Rückkehrrechts, aber seiner praktischen Abgeltung durch eine akzeptable Entschädigungsregelung Konsens zwischen Union, SPD und Grünen in Deutschland, zwischen den Regierungen der EU und den Mitgliedern des sogenannten Nahost-Quartetts UN, USA, EU und Russland.

Die praktische Politik, vor allem auch die Haltung der Bundesregierung und der Bundeskanzlerin, sieht deutlich anders aus.

Der Asymmetrie in den Kräfteverhältnissen beider Seiten in den so genannten Friedensverhandlungen zwischen Israel und der Palästinensischen Autonomiebehörde wird in keiner Weise Rechnung getragen. Diese Verhandlungen werden von der regierenden israelischen Rechten lediglich als Vorwand benutzt, um den israelischen Anteil an dem von dem Teilungsplan der UN von 1947 und den Grenzen von 1967 gedeckten 78 % immer stärker auszuweiten, offensichtlich mit dem Ziel, irgendwann die Kontrolle über das gesamte Territorium zwischen Mittelmeer und Jordan zu erreichen.

Seit der Ermordung des israelischen Friedenspreisträgers Izchak Rabin 1995 durch einen israelischen Rechtsradikalen hat es auf israelischer Seite keine ernsthaften Versuche mehr gegeben, den Friedensprozess in einem Sinne voran zu bringen, der den Palästinensern die Chance gelassen hätte, eine nachhaltige staatliche Existenz und ein Leben in Würde als nationale Gemeinschaft zu erlangen.

Dieses negative Ergebnis ist mindestens in gleichem Maße von der politischen Elite in Israel wie von den politisch Verantwortlichen der internationalen Gemeinschaft und auch der jeweiligen politischen Führung in Deutschland zu verantworten. Denn wer die Ursachen der Gewalt in und um Palästina beseitigen will, der muss die Kräfte in Palästina stärken, die zu einer friedlichen Lösung der Konflikte bereit sind. Genau das Gegenteil aber ist geschehen und geschieht noch. Die Palästinensische Autonomiebehörde unter Präsident Abbas wird durch Scheinverhandlungen, die den Menschen im Westjordanland und vor allem in Gaza keine grundlegende Verbesserung ihrer Lebenssituation bringen, fortwährend delegitimiert.

Die rechtlichen Grundlagen - legitime Wahlen, rechtsstaatliche Verhältnisse, verantwortliche Regierungsführung, Freiheit von Korruption erodieren weiter. Aus Mitteln der EU mit einem erheblichen Anteil deutscher Zuwendungen geschaffene Infrastruktureinrichtungen - Kraftwerke, Schulen, Krankenhäuser werden immer wieder durch bewaffnete Eingriffe von Seiten Israels zerstört. Den in Verzweiflung und Ausweglosigkeit gefangenen Menschen erscheint dann Gewalt immer mehr als einzige Alternative und sie orientieren sich politisch immer weniger an dem auf der diplomatischen Bühne versagenden und zudem korrupten Regime von Abbas und immer mehr an der den heroischen Widerstand gegen eine unerbittliche Besatzungsmacht verkörpernden Hamas.

Die gegenwärtige fragile Waffenruhe in Gaza muss, auch mit energischer Unterstützung der deutschen Diplomatie, genutzt werden, um endlich einen ernsthaften Friedensprozess in Gang zu bringen, nicht nur, um Forderungen der Hamas zur Verbesserung der Lage in Gaza (Flughafen, Seehafen, Fischereizone, Grenzöffnung, Aufhebung der Blockade und Freilassung von Gefangenen) und auf der israelischen Seite zur Entwaffnung der Hamas und der Beendigung der Raketenangriffe umzusetzen. Nein, es muss endlich ernsthaft verhandelt werden über die Verwirklichung der Zwei-Staaten-Lösung und die mit ihr verbundenen zentralen Friedensziele!

DIE FRAGE DES ANTISEMITISMUS

Ich habe 2010 die kurzschlüssige Argumentation in dem von Hans Kremendahl angesprochenen Grass-Gedicht kritisiert, mich aber gleichzeitig gegen die Forde-

Fortsetzung von Seite 10

rung der Berliner Jusos in ihrem Antrag „Konkrete Solidarität mit Israel“ nach Duldung eine israelischen Präventivschlags gegen den Iran unter bestimmten Bedingungen gewandt.

Ich vertrete keine abstrakte „Äquidistanz“ gegenüber beiden Seiten im Palästina-Konflikt. Ich bin zu 100 % dafür, jede Form von Antisemitismus möglichst im Keim zu ersticken, auch wenn sie im Gewand der Kritik am Staat Israel oder der Politik der israelischen Regierung daher kommt, aber mit ihren Ausdrucksformen, Parolen usw. erkennen lässt, dass sie von Judenhass motiviert ist.

Ich bin aber zugleich zu 100 % dafür, alle Anstrengungen zu unternehmen, um die Spannungsursachen im Palästina-Konflikt auszuräumen und den Nährboden für die nun schon fast ein ganzes Jahrhundert lang in dichter Folge sich fortsetzenden Gewaltausbrüche auszutrocknen.

Ja, ich bin auch dafür, die Hamas in ihrer jetzigen Erscheinungsform politisch auszuschalten, bzw. das von ihr und noch mehr von den noch radikaleren dschihadistischen Organisationen in Gaza ausgehende Gewaltpotential zu neutralisieren.

Dabei halte ich es aber schon nach dem Wahlsieg der Hamas 2006 in den gesamten palästinensischen Autonomiegebieten für keine gute Idee gehalten, der Hamas die Anerkennung als durch international anerkannte freie und faire Wahlen legitimierte Regierungspartei und die einer gewählten palästinensischen Regierung zustehenden finanziellen Mittel zu versagen und sie auf diese Weise zu veranlassen, sich das legal erworbene Mandat für den Gaza-Streifen mit Gewalt zu holen.

Ich halte es auch in der aktuellen Konfliktphase für keine gute Idee, Hamas-Führer, die bereits an Waffenstillstandsverhandlungen, Verhandlungen über Freilassung von Entführten mitgewirkt haben und wahrscheinlich für weitere Verhandlungen gebraucht werden könnten, gezielt zu töten und damit zu bewirken, dass sie durch noch radikalere Führer ersetzt werden, die ihre noch mangelnde Autorität durch ein umso brutaleres Vorgehen kompensieren müssten.

Der aus meiner Sicht richtige Weg der politischen Neutralisierung der Hamas besteht darin, die jetzige Situation dafür zu nutzen, der Fatah-Fraktion wieder maßgeblichen Einfluss auch im Gaza-Streifen zu verschaffen: Durch die Übertragung der Kontrolle der Grenze des Gaza-Streifens zu Ägypten auf die PLO, durch Stärkung der palästinensischen Einheitsregierung, in der wegen ihrer Zusammensetzung aus Technokraten die Hamas faktisch gar nicht vertreten ist, durch Unterstützung einer Integration in die Gesamtstruktur der PLO und damit einer indirekten Kontrolle der



Karl-Heinz Niedermeyer ist Vorsitzender des Fachausschusses Internationales. Foto: Horb

Hamas durch die PLO-Führung, aber auch durch Auszahlung der zurück gehaltenen Finanzmittel an die Hamas, die insbesondere für die Gehälter ihrer Bediensteten in Gaza unentbehrlich sind. Allein diese letzte Maßnahme könnte erheblich zur Beruhigung der Lage beitragen.

Langfristig muss aber auch der Hamas - wie der Fatah und der PLO insgesamt in der Vergangenheit - die Perspektive offen gehalten werden, sich von einer Terrororganisation zu einem rationalen und verantwortlichen Akteur im Friedensprozess im Nahen Osten zu entwickeln. Die ausschließlich gewaltsame Eindämmung der Hamas im Hinblick auf die weiterhin von ihr ausgehenden, unterstützten oder geduldeten terroristischen Aktivitäten, vor allem der Raketenangriffe auf die israelische Zivilbevölkerung, ist keine Option, zumal die Hamas ja auch jetzt schon als Ordnungsfaktor in Gaza und Verhandlungspartner im Gaza-Konflikt gebraucht wird.

Beide Seiten im Palästina-Konflikt müssen sich von Terror und Gewalt als Hauptmittel zur Durchsetzung ihrer politischen

Ziele verabschieden, wenn es irgendwann Frieden im Nahen Osten geben soll.

Was tun gegen den neuen oder alten Antisemitismus bei uns? Dmitri Stratiewski, Hakan Demir und Maja Lasic haben in ihrem BS-Artikel sehr gute Vorschläge für den Umgang mit von Hass-Parolen gefährdeten Jugendlichen gemacht: Gleiche Chancen für alle Schüler/Innen auf gute Bildung unabhängig von ihrer sozialen und ethnischen Herkunft, eine stärkere Durchmischung in den Klassenzimmern, die mehr Möglichkeiten für Jugendliche schafft, voneinander zu lernen und vieles mehr.

Ein großartiges Beispiel für erfolgreiche Prävention antisemitischer Manifestationen bei der legitimen Wahrnehmung des Demonstrationsrechts möchte ich herausstellen: In Mannheim haben am 19. Juli d.J. vor einer größeren Gaza-Demonstration der Migrationsbeirat der Stadt, alle demokratischen Parteien und die Vertretungen der jüdischen, christlichen und moslemischen Gemeinden einen gemeinsamen Friedensappell an Demonstranten verabschiedet, in dem der Gedanke des Gewaltverzichts als zentraler Weg zu einem Frieden im Nahen Osten herausgestellt wird.

Ich kann kein besseres Fazit für diesen Artikel finden als die folgenden beiden Abschnitte aus dem Mannheimer Friedensappell: „Mit unserem gemeinsamen Appell möchten wir aus Mannheim ein Signal gegen Gewalt und Terror setzen und auf beiden Seiten die Stimmen unterstützen, die sich für den Dialog und die Wiederaufnahme des Verständigungsprozesses für eine friedliche Lösung aussprechen.“

Deshalb akzeptieren wir nicht, wenn in Mannheim die eine oder andere Seite herabgewürdigt und diffamiert wird. Hetzparolen oder rassistische Provokationen gegen einzelne Gruppen - gleich ob Juden oder Muslime, Palästinenser oder Israelis - treffen auf unseren schärfsten Widerspruch - erst recht jeder Aufruf zur Gewalt.“

Die Stadt Mannheim zeichnet sich auch dadurch aus, dass sie gleichzeitig Städtepartnerschaften zum israelischen Haifa und zum palästinensischen Hebron unterhält. Bei seinem letzten Besuch verweilte SPD-Oberbürgermeister Peter Kurz in strenger Symmetrie jeweils zwei Stunden in Haifa und Hebron. Das ist keine kalte „Äquidistanz“ sondern aktive Empathie mit dem Schicksal und den Problemen beider Seiten im Palästina-Konflikt und nur mit einer solchen gleichen Verantwortung für beide Seiten des Konflikts und gleichem Verständnis für die Betroffenheit beider Konfliktpartner können Deutschland und auch die deutsche Sozialdemokratie den ihnen möglichen Beitrag zum Frieden im Nahen Osten leisten.

Karl-Heinz Niedermeyer □

Sicherheit in Afghanistan

Der Vorstand des Fachausschusses Internationales lädt zu einem Workshop „Deutsches Sicherheitsengagement in Afghanistan“ am 4. Oktober 2014 im Kurt-Schumacher-Haus.

Der Workshop wurde gemeinsam von Afghanistan-Komitee für Frieden, Wiederaufbau und Kultur und dem FA I vorbereitet.

➔ 4. Oktober, 13 - 19 Uhr, Erika-Heß-Saal, Müllerstr. 163, 13553 Berlin (U/S Bhf. Wedding)

1. Weltkrieg:

Wedding 1914: Kein Hurra auf den Krieg

Bernd Schimmler blickt in die Geschichte des Arbeiterbezirks (Teil I)

Allgemein wird in der Geschichtsschreibung hervorgehoben, dass der Kriegsbeginn 1914 überall in Deutschland begrüßt wurde. Auch die Berichte für den Wedding stellten einen reichen Flaggenschmuck insbesondere im belgischen Viertel rund um die Brüsseler Straße fest. Ganz so begeistert kann aber die Reaktion bei den politisch Interessierten nicht gewesen sein, wie die Polizeiberichte ebenfalls zeigen.

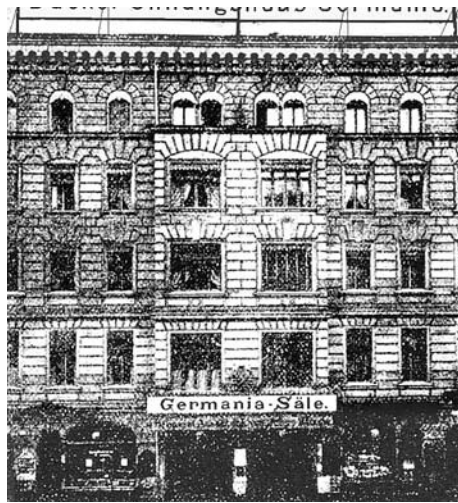
Die zunehmenden internationalen Spannungen und das Säbelgerassel in der Presse hatten bereits 1912 zu großen Anti-Kriegskundgebungen geführt, z.B. am 17. November 1912 in der Germania-Sälen in der Chausseestraße 110, sowie in fünf weiteren Sälen in Berlin. Die Polizei war damals angewiesen, Schusswaffen zu tragen und Demonstrationen im Keim zu ersticken.

Da auf den Veranstaltungen auch Vertreter sozialdemokratischer Parteien aus England, Frankreich und Österreich sprachen, verbot der Polizeipräsident Reden, die nicht in deutscher Sprache gehalten wurden. Parallel dazu sprachen deutsche Sozialdemokraten in London, Paris, Amsterdam und Budapest. In den Germania-Sälen sprach der Führer der österreichischen Sozialdemokraten Karl Renner, der nach dem Krieg Staatskanzler wurde. Insgesamt nahmen etwa 150.000 Teilnehmer an den sechs Veranstaltungen teil, so dass auch Nebenräume und Biergärten vollbesetzt waren.

Diese Veranstaltungen waren dadurch motiviert, dass in der bürgerlichen und konservativen Presse angeführt vom Alldeutschen Verband Kriegspropaganda geschürt wurde. Als Verhandlungen mit Großbritannien über eine Rüstungsbegrenzung bei den Kriegsschiffen scheiterte, schrieb dessen Vorsitzender Claß, er habe dafür „Gott auf Knien gedankt“ (!). Anschließend gründete der Alldeutsche Verband den deutschen Wehrverein mit der Begründung, um „der weit um sich greifenden Friedenspropaganda“ entgegenzuwirken.

WACHSENDE SORGE VOR DEM KRIEG

Aber nicht nur die Vertreter der Arbeiterbewegung wandten sich gegen den Krieg. So warnte der Bankier Delbrück den Kaiser „Festes Auftreten ist die beste Kriegsgarantie“ und als auch die Diplomaten vor einer Eskalation durch den Flottenbau warn-



Ort des Protests: Bäckerinnungshaus mit den Germania-Sälen in der Chausseestraße um 1910.

ten, bürstete Wilhelm II. mit den Worten ab: „Ihr Diplomaten habt die Hosen voll.“

Geschürt wurde die Angst vor einem Krieg auch durch eine neue Wehrvorlage im Reichstag, gegen die am 6. April 1913 zahlreiche Berliner Arbeiter in insgesamt 61 Versammlungen. Im Zusammenhang damit hatte Karl Liebknecht die Bestechung von Beamten des Kriegsministeriums durch den Krupp-Konzern aufgedeckt. Man forcierte die Rüstung und zielte auf einen Präventivkrieg ab. Hier zu sprach er auch am 7. Mai im Restaurant Kastanienwäldchen in der Badstraße 16.

„TODFEINDE DES MILITARISMUS“

Auf der sozialdemokratischen Generalversammlung des VI. Wahlkreises sprach am 26.8. 1913 Dr. Karl Liebknecht über die Wehrvorlagen im Reichstag und schloss sein Referat mit der Forderung: „Der Fraktion aber muss zugerufen werden: ‚Wir bleiben Todfeinde des Militarismus, und diesem System keinen Mann und keinen Groschen!‘ Nach dem das Ultimatum Österreichs an Serbien bekannt wurde veröffentlichte der SPD-Parteivorstand einen Aufruf in der Parteizeitung „Vorwärts“: „Der Weltkrieg droht.“

Vorsorglich verbot der Polizeipräsident Umzüge aller Art. Er eilte damit seinem Kaiser voraus, der an den Rand einer Depesche schrieb: „Die Sozen machen Antimil. Umtriebe in den Straßen, das darf nicht geduldet werden, jetzt auf keinen Fall; im Wiederholungsfall werde ich Belagerungszustand proklamieren und die Führer samt und sonders tutti quanti einsperren las-

sen.“

Noch am 28.7.1914 fanden trotzdem allein im Wedding drei Veranstaltungen „gegen den Krieg“ statt, so in den Pharus-Sälen, Germania-Sälen und im Kastanienwäldchen, Badstraße 16. Im Anschluss an die Versammlung in den Pharus-Sälen zog ein Demonstrationszug durch die Müllerstraße zur Innenstadt, wurde aber vor deren Erreichen durch die Polizei mit den Androhungen des Schusswaffengebrauches aufgelöst. Die Protesthaltung war besonders im „roten“ Wedding auch in den kommenden Monaten immer wieder anzutreffen.

Noch vor der Kriegserklärung an Russland am 1. August wurde auf kaiserliche Anordnung durch den Oberbefehlshaber der Marken der Belagerungszustand erklärt. Damit wurden alle Zivilbehörden dem Militär unterstellt und Hausdurchsuchungen und Verhaftungen jederzeit möglich.

Deutsche Intellektuelle begrüßten vielfach den Krieg; Thomas Mann verteidigte ihn noch 1918. Der damals 16jährige Bert Brecht - noch nicht der linke, kritische Dichter schrieb in den Augsburger Neuesten Nachrichten von einem Volkskrieg, in dem „Opfer (...) gebracht werden [müssen], und sollten sie blutig schwer werden.“

DIE KRIEGSGEGNER GESCHWÄCHT

Infolge der zuvor erklärten Mobilmachung in Russland konnten die kriegsbejahenden Kräfte den Eindruck vermitteln, Deutschland müsse sich verteidigen. Dieser Eindruck führte auch zur mehrheitlichen Zustimmung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu den Kriegskrediten. Die gerade auch in den Arbeiterbezirken umstrittene Entscheidung der SPD-Spitze, die später zur Spaltung der Partei führte, schwächte die Kriegsgegner. Hinzu kam, dass gerade auch Sozialdemokraten und Gewerkschaftere eingezogen wurden. Bis Mitte September wurden 16,3 Prozent der Mitglieder der SPD, darunter 1043 Funktionäre, eingezogen. Dies schwächste die Kriegsgegner weiterhin. Dies bestätigt auch der Berliner Polizeipräsident Jagow, der befriedigt feststellte: „Die Sozialdemokratie ist nicht mehr aktionsfähig.“ Vorsorglich hatten die Großbetriebe ihre Arbeiter vorfristig nach Hause geschickt, ob mögliche Demonstrationen ausgehend von den Betrieben zu verhindern.

Fortsetzung in der kommenden Ausgabe

Porträt:

Wiederaufbau, Teilung, Zusammenwachsen

Helga Ernst über Waldemar Schulze: Stationen eines sozialdemokratischen Lebens (III)

Einem schwierigen Kapitel humanitärer Politik widmete sich Waldemar ebenfalls: Aus Berlin, der Nahtstelle zwischen Ost und West, waren Schulze die Nöte und Wünsche der „geteilten“ Deutschen bestens vertraut. So nahm er sich mit Erfolg der Familienzusammenführung und des Häftlingsfreikaufs an. Die Nähe zum Innerdeutschen Ministerium war dabei hilfreich. Dort wurden die in Frage kommenden Personen aufgelistet, andernorts die dazugehörigen „Preise“ ausgehandelt und dann vom Ministerium bezahlt. Unwürdig, doch damals der einzig mögliche Weg.

Seit seinen Abgeordnetenhauszeiten bestand Waldis Interesse am Document-Center Berlin, das die Amerikaner bei Kriegsende eingerichtet und seitdem in Obhut hatten. Es handelte sich hierbei um die sog. Täter-Kartei aus der NS-Zeit, später ausgeweitet auf DDR-Personen. Das Center umfasste Personaldokumente, die nur ausgewählten Personen zugänglich gemacht wurden.

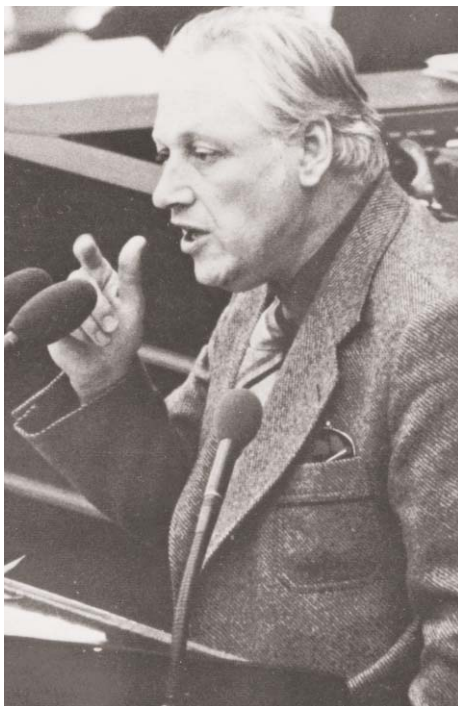
Als die Amerikaner das Center an die Deutschen abgeben wollten, setzte sich Waldemar dafür ein, dass es in Berlin bliebe, wenn es denn in deutsche Hände käme. Als Bundestagsabgeordneter versuchte er, die Bundesregierung über Anfragen dahingehend festzulegen. Die Regierung stimmte zu. Erst mit dem endgültigen Abzug der Alliierten 1994 aus Berlin wurde das Document-Center an die Bundesregierung übergeben und ist seit 1995 Teil des Bundesarchivs. Manche Unterlagen, vermutlich die brisanten, fehlen bis heute.

EINBLICKE IN DIE ARBEIT

Wichtig war für ihn auch der Besuch von drei bis vier Gruppen aus Kreuzberg in Bonn pro Jahr. Je 50 Personen könnten teilnehmen, sie kamen aus allen Arbeits- und Organisationsbereichen.

Dank eines sorgfältig zusammengestellten Programms, guter Betreuung und geschätzter geselliger Abschiedsabende blieb dieser Polit-Ausflug bei den TeilnehmerInnen in guter Erinnerung, zumal Waldi sich ihrer auch später in Berlin noch annahm, indem er z.B. wiederholt zu Diskussionsveranstaltungen einlud. „Nachhaltig“ nennt sich so etwas heute - wie Nachhaltigkeit überhaupt schon früh ein Markenzeichen Schulzscher Politik war.

Schulzes Wirken beschränkte sich nicht nur auf die Bezirks-, Berlin- oder Deutsch-



Waldemar „Waldi“ Schulze im Deutschen Bundestag.

Foto: privat

landpolitik. Schon der Militärputsch in Chile 1973 brachte eine Verquickung von Chile und Berlin mit sich: Er kümmerte sich um Flüchtlinge, besorgte Wohnraum und Arbeit, beschaffte - sofern bei deutscher Abstammung möglich - die neuerliche deutsche Staatsbürgerschaft und ermöglichte Kontakt und finanzielle Hilfe zu den Angehörigen in Chile. - Nach Hinweisen auf die Zusammenarbeit des Militärattachés der deutschen Botschaft mit der Pinochet-Junta wurde dieser dank Schulzes Intervention suspendiert.

Der Sieg der Sandinisten in Nicaragua 1979 fiel in die Bonner Zeit Schulzes. Gut informiert über das damalige Kommunikationsmittel Telefon war Hilfe beim Aufbau eines „Nicaragua libre“ (Freies Nicaragua) zielgenau möglich: Nach Schulzes Aufruf in der „Berliner Stimme“ waren in kurzer Zeit 20.000 DM für spezielle Krankenhausbetten für verwundete sandinistische Kämpfer gespendet. Ein Krankenwagen mit Allrad-Antrieb und Klimaanlage erreichte entlegene Gebiete im Land; seine Aufschrift: „Donacion del Senado de Berlin“ (Geschenk des Senats von Berlin). Zwei Flugzeugladungen voll medizinischen Geräts aus Berliner Krankenhaukellern flog die BEA kostenlos über Frankfurt/M. nach Mexiko, und von dort gelangte die Fracht auf LKWs nach Nicaragua.

Schulzes Engagement hatte sich in Berlin herumgesprochen bzw. mittels der Berli-

ner Stimme „herumgelesen“. Häufig baten Nichtregierungsorganisationen um Hilfe für ihre Landsleute, inhaftierte „verdächtige“ Oppositionelle in vom Militär regierten Staaten. Es musste oft sehr schnell gehen, um Leben zu retten. Die Freilassung gelang fast immer.

Schulze wäre gern in Bonn geblieben, doch die politischen Verhältnisse in Berlin sahen wieder heimatliches. Wirken für ihn vor. Der Stobbe-Senat scheiterte im Januar 1981; Stobbe wurde von Hans-Jochen Vogel abgelöst. In Kreuzberg kam es ebenfalls zu einem Wechsel nach dem Rücktritt des bisherigen Bürgermeister aus gesundheitlichen Gründen.

DIE KURZE AMTSZEIT ALS BEZIRKSBÜRGERMEISTER

Die Kreuzberger SPD einigte sich auf Schulze als Kandidaten, der von der Kreuzberger BVV zum Bezirksbürgermeister gewählt wurde. Ein „gemütliches heimatliches Pflaster“ fand Schulze in Berlin nicht vor. In der Stadt brodelte es einmal mehr heftig: Es war die Zeit des Wohnungsleerstands und der Hausbesetzungen und Kreuzberg war besonders betroffen. Hier gab es die meisten leerstehenden Häuser, die abgerissen werden sollten. Dass die Hausbesitzer den Leerstand vom Senat zu allem Überfluss noch finanziell vergütet bekamen, steigerte den Unmut zusätzlich.

Waldi bemühte sich um friedliche Lösungen. Als das landeseigene Grundstück und Haus Admiralstraße 15 besetzt wurde, signalisierte er: Diese Besetzung geht in Ordnung! Der Verein „Kiezwerk“, in dem sich junge Kreuzberger Mitbürger zusammengeschlossen hatten, bekam im Juni 81 einen Nutzungsvertrag vom Bezirksamt, um das Haus in Eigenarbeit zu Wohnzwecken zu sanieren. So wurde der Abriss verhindert. Es war, dank Schulze, in Berlin ein einzigartiges, erfolgreiches Vorgehen, das später in der sogenannten „Berliner Linie“ Hans-Jochen Vogels zum Allgemeinwohl wurde.

Schulzes Amtszeit dauerte vom 5.2. bis 30.6.1981, es war die kürzeste Amtszeit eines Bezirksbürgermeisters, die es je gab. Denn die Wahl vom 10. Mai 1981 änderte auch in Kreuzberg die Mehrheitsverhältnisse.

In den folgenden acht Jahren war Waldemar durchgehend stellvertretender Bürgermeister und übernahm Fachressorts: vier Jahre lang das der Volksbildung und später das des Sozialwesens.

Schluss nächste Ausgabe □

Aus Datenschutzgründen nicht in der Internetversion enthalten

SPD Mitte trauert um Wolfgang Himborg

Am 22. August ist Wolfgang Himborg im Alter von 73 Jahren verstorben. Viele Jahrzehnte war er in der Jugendverwaltung Tiergarten (später Mitte) tätig und in der SPD-Betriebsgruppe des Bezirksamtes Tiergarten und Mitte aktiv. Lange Jahre war er stellvertretender Vorsitzender der Betriebsgruppe im BA Mitte und der AfA Mitte

Mit der AfA begann er gleich nach der Wende, das Umland zu erkunden und hat dann pro Jahr etwa 5-6 Fahrten mit bis zu 20 AfA-Mitgliedern geplant, organisiert und geleitet. Die Fahrten führten u.a. nach Brandenburg, Neubrandenburg, Wismar, Eberswalde. Stets war eine Stadtführung eingeschlossen und ein gemeinsames Essen. Manchmal gab es Treffen mit Vertretern der örtlichen SPD. In der Betriebsgruppe des BA Mitte hat er sich aus Arbeitnehmersicht vor allem für die kommunalpolitischen Themen eingesetzt.

Bis zu einer schweren Erkrankung 2010 war er auch in seiner Abteilung aktiv. Zuletzt hat er sich bei der AG 6oplus in Tiergarten engagiert.

Trauer um Sönke Reyels

Unerwartet ist am 1. August Sönke Reyels verstorben.

Sönke Reyels, 1971 in Bremen geboren und aufgewachsen, studierte Politologie in Saarbrücken und wechselte Ende der 90er Jahre nach Berlin, wo er sein Studium an der FU abschloss. Während der Zeit des Übergangssenats 2001 arbeitete er für Finanzsenatorin Christiane Krajewski. Später wurde er Mitarbeiter bei Barbara Hendricks im Deutschen Bundestag, ehe er in die Berliner Politik als persönlicher Referent von Kulturstaatssekretär André Schmitz zurückkehrte. Im letzten Bundestagswahlkampf gehörte er dem Team von Sigmar Gabriel an.

Sönke kannte sich bestens in der Berliner Kulturszene aus und war dort gut vernetzt. Daher fand ich in ihm einen idealen Mitstreiter, als ich Anfang 2014 das Team für mein Wahlkreisbüro Goethe15 in Charlottenburg zusammenstellte. Er bereicherte meine Wahlkreisarbeit durch vielfältige Ideen und war im Team durch sein freundliches, ausgleichendes Wesen beliebt.

In seiner letzten SMS an mich, wenige Tage vor seinem unerwarteten Tod, schrieb er: „Ich freue mich auf die weitere Zusammenarbeit und unsere gemeinsamen Projekte im Team!“ Wir sind alle sehr traurig, dass es dazu nun nicht mehr kommt!

Frank Jahnke, MdA ☐

TERMINE

- 20.09.2014, 14:00, SPD Steglitz-Zehlendorf - Abt. Dahlem, **36. Kommunalpolitischer Rundgang zum Hüttenwegsviertel**. Treffpunkt am Alliierten-Museum, Clayallee 135, 14195 Berlin
- 20.09.2014, 11:00 - 12:00, **Swen Schulz, MdB - Spandau, Kinder- und Jugendsprechstunde**, Spandauer Markt, Markt, 13597 Berlin
- 21.09.2014, 15:00 - 17:00, Klaus Mindrup, MdB Pankow, **25 Jahre friedliche Revolution** – ein Blick nach vorn. Gespräch mit Hans Miseselwitz, Villa Hildebrand, „Kavalierhaus“, Breite Str. 45, 13187 Berlin (s. S. 7)
- 22.09.2014, 19:30, Frank Jahnke, MdB | Fachausschuss Wirtschaft, Arbeit und Technologie **Nachhaltige Stadtentwicklung als Motor für eine erfolgreiche Wirtschaft in Berlin**, mit Michael Müller, Abgeordnetenhaus von Berlin, Raum 376, Niederkirchnerstraße, 10117 Berlin
- 22.09.2014, 19:00, SPD Mitte - Abt. Moabit Nord, **Die Zukunft unserer Stadt** - Vortrag und Diskussion mit Jan Stöß, Aula des Berlin-Kollegs, Turmstraße 75, 10551 Berlin
- 22.09.2014, 18:00 - 20:00, ASF Lichtenberg, **Mentoring-Programm** - Eine Möglichkeit für unseren Kreis? SPD Kreisbüro, Rathausstraße 7, 10367 Berlin
- 23.09.2014, 19:00, SPD Berlin, **Mitgliederforum 1**, Willy-Brandt-Haus, Wilhelmstraße 140, 10963 Berlin
- 23.09.2014, 19:30 - 21:30, Fachausschuss Natur, Energie und Umweltschutz, **Bericht aus der Enquetekommission des Abgeordnetenhauses „Neue Energie für Berlin“** mit Irene Köhne, Kurt-Schumacher-Haus, Erika-Heß-Saal, Müllerstraße 163, 13353 Berlin
- 23.09.2014, 15:00 - 18:00, Dr. Ina Czyborra, MdB - Zehlendorf, **Kommunalpolitischer Rundgang durch Zehlendorf Mitte** mit Ina Czyborra und Michael Karnetzki Treffpunkt Berliner Straße Ecke Teltower Damm, 14169 Berlin

- 23.09.2014, 20:00 - 22:00, Dr. Ina Czyborra, MdB - Zehlendorf, **Feministischer Filmabend**, Abgeordnetenbüro von Ina Czyborra, Onkel-Tom-Straße 1, 14169 Berlin
- 23.09.2014, 19:00, SPD Mitte - Abt. Alt-Moabit, **Mitgliederversammlung mit Thorben Albrecht**, Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Rathaus Tiergarten, Balkonsaal, 1. OG, Mathilde-Jacob-Platz 1, 10551 Berlin
- 23.09.2014, 07:00 - 09:00, Daniel Buchholz, MdB - Spandau, **„Geheime Orte“: Daniel Buchholz lädt zum Besuch der DHL Zustellbasis in Spandau ein**, Deutsche Post DHL, Rohrdamm 7, 13629 Berlin. Anmeldung: 030 - 23 25 22 80. Bei einer Zusage erhalten Sie weitere Informationen zum Ablauf.
- 23.09.2014, 19:00, Swen Schulz, MdB - Spandau, **Fraktion vor Ort: Sterbehilfe – würdiges Sterben**, u.a. mit Franz Müntefering, MdB, Swen Schulz, MdB, Cansel Kiziltepe, MdB und Pfarrer Christian Moest, Kulturzentrum gemischtes, Sandstraße 41, 13593 Berlin
- 24.09.2014, 16:00, SPD Steglitz-Zehlendorf - Abt. Dahlem, **Kinderfest in der Taylorstraße**, 14195 Berlin
- 24.09.2014, 19:00 - 21:00, AfB + AG Migration & Vielfalt, **Integration von Kindern und Jugendlichen ohne Deutschkenntnisse**, Kurt-Schumacher-Haus, Erika-Heß-Saal, Müllerstraße 163, 13353 Berlin
- 25.09.2014, 19:00, AG Migration und Vielfalt - Charlottenburg-Wilmersdorf, **Vielfalt in der Sozialpolitik**, mit Ülker Radziwill, stellv. Fraktionsvorsitzende und sozialpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, Rathaus Wilmersdorf, Raum 1141, Fehrbelliner Platz 4, 10707 Berlin
- 25.09.2014, 19:00, SPD Steglitz-Zehlendorf - Abt. Dahlem, **Schulpolitik mit dem Staatssekretär für Bildung Mark Rackles**, Rathaus Steglitz, alter BVV-Saal, Schloßstr. 37, 12163 Berlin
- 25.09.2014, 17:00 - 18:00, **Karin Halsch, MdB - Lichtenberg, Sprechstunde**, Bürgerbüro von Karin Halsch, Am Berl 13, 13053 Berlin

- 25.09.2014, 16:00, SPD Steglitz-Zehlendorf - Abt. Dahlem, **Kinderfest im Colmarer Weg**, 14195 Berlin
- 25.09.2014, 17:00 - 18:00, Thorsten Karge, MdB Reinickendorf - Wittenau, Waidmannslust und Borsigwalde, **Sprechstunde**, Bürgerbüro von Thorsten Karge, Waidmannsluster Damm 149, 13469 Berlin
- 25.09.2014, 19:30 Uhr, AsF-Charlottenburg-Wilmersdorf, **Diskussion zum Wahlprogramm**, Wahlkreisbüro Franziska Becker, Fechnerstraße 6a (Ecke Gasteiner Straße), 10717 Berlin
- 26.09.2014, 20:00, Kulturforum Stadt Berlin der Sozialdemokratie, **Lesung der Mörderischen Schwestern, „Berlin - Moor, Wald und Heide - Böses lauert überall“**. Dorothea-Hirschfeld-Saal, Müllerstraße 163, 13353 Berlin
- 26.09.2014, 16:00, SPD Steglitz-Zehlendorf - Abt. Dahlem, **Kinderfest auf dem Forbacher Platz**, 14195 Berlin
- 26.09.2014, 16:00 - 17:00, Bruni Wildenhein-Lauterbach, MdB - Wedding, **Sprechstunde**, Galerie im Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstraße 163, 13353 Berlin
- 29.09.2014, 19:00, SPD Mitte - Abt. Moabit Nord, **Die Zukunft unserer Stadt**. Vortrag und Diskussion mit Raed Saleh, Rathaus Tiergarten, ehem. BVV-Saal, Mathilde-Jacob-Platz 1, 10551 Berlin
- 30.09.2014, 19:30 - 21:30, Thomas Isenberg, MdB - Tiergarten, Moabit, **Krise im Nordirak - So fern und doch so nah?** Arminiusmarkthalle, Arminiusstraße 2 - 4, 10551 Berlin
- 01.10.2014, 19:00, SPD Berlin, **Mitgliederforum 2**, JugendKulturZentrum PUMPE, Lützo- wstr. 42, 10785 Berlin
- 01.10.2014, 19:00 Uhr, FA XI Mobilität, Sitzung mit Vorstandswahl. Themen **„Infrastrukturfinanzierung – Schwerpunkt Verkehr/Mobilität“ mit Swen Schulz und Lärmaktionsplanung des Landes Berlin**. Auf Einladung des SPD-Abgeordneten Ole Kreins in Raum 304 des Abgeordnetenhauses von Berlin, Niederkirchnerstraße 5, 10117 Berlin.

■ Alle Termine: www.spd-berlin.de/termine

So 21. September, 13-15 Uhr: Das friedfertige Geschlecht? Frauen und Krieg. Ein historischer Rundgang. Kriegsgöttinnen und Generäle schmücken noch immer unser Stadtbild. Dem setzt der Rundgang die Erinnerung an Kriegsgegnerinnen und Anti-Kriegs-Aktionen von Frauen entgegen. Gefragt wird, was Menschen zum Engagement gegen Krieg bewegte und welche Rolle dabei das Geschlecht spielte. Sind Frauen wirklich friedfertiger, wie die Frauenbewegung glaubte? Mit: Claudia von Geleu (Politologin, Frauentouren). Beitrag: 5 €

Fr 26. September, 18-21 Uhr, Wie Medien Meinung machen - Teil IV. Berichte über Krieg. Zensur prägte den Ersten Weltkrieg: Zeitungen und Wochenschauen hatten über Opfer zu schweigen und vermittelten

Veranstaltungen des August-Bebel-Instituts

Anmeldungen erbeten unter anmeldung@august-bebel-institut.de

stattdessen Bilder eines wohl geordneten und notwendigen Krieges. Wie sieht es heute mit Berichterstattung über Krieg aus? Wieviel und was erfahren wir aus den Medien? Was bleibt uns verborgen? Mit welchen journalistischen Mitteln lässt sich adäquat Krieg thematisieren? Mit: Thymian Bussemer (Kommunikationswissenschaftler, Waslat Hasrat-Nazimi u.a. In Kooperation mit Neue Deutsche Medienmacher e.V.

Do 2. Oktober, 19-21 Uhr, Die Linke und

der Krieg. Ausstellungsfinissage. Der Erste Weltkrieg bildet eine Zäsur in der Geschichte der Arbeiter/innenbewegung: Die SPD-Fraktion im Reichstag stimmte 1914 den Kriegskrediten zu, 1917 spaltete sich die USPD als pazifistischer Flügel ab, bald entstand daraus die KPD. Bis heute streiten Linke über eine angemessene Position zu Krieg. Was bedeutete und was bedeutet heute die Auseinandersetzung mit Krieg für linke Politik in Deutschland? Ein historisches Input und eine politische Diskussion. Mit: Klaus Lederer (Vorsitzender Die Linke Berlin), Jan Stöß (Vorsitzender SPD Berlin), Axel Weipert (Historiker, „Das Rote Berlin. Eine Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung 1830-1934“). Moderation: Gisela Notz

Die Berliner Stimme im Abonnement

Änderungen beim Abonnement? Das machen wir gerne. Adress- und Kontoänderungen bitte frühzeitig an berliner.stimme@wegewerk.de oder per Post an wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin

Sie haben noch kein Abonnement? Das ändern wir gerne. Das Abonnement kostet 28 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail) bzw. 35 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post). Bestellungen bitte an wegewerk GmbH, Krausnickstr. 3, D 10115 Berlin oder per E-Mail an berliner.stimme@wegewerk.de.

„Jetzt groovt es in Berlin“

Dieter Kosslick im Gespräch mit Ralf Wieland

„Sind Journalisten anwesend?“ Niemand meldet sich auf die Frage von Dieter Kosslick. Gut für die Gäste, die sich zahlreich in der Weddinger „Glas-kiste“ eingefunden hatten.

Dieter Kosslick, Direktor der Internationalen Filmfestspiele Berlin, war in der Reihe „Im Gespräch“ am 3. September 2014 zu Gast bei Parlamentspräsident Ralf Wieland - und ließ sich nicht lang bitten. Für die Zuhörer ein kenntnisreicher und humorvoller Parforceritt durch die wundervolle wie wundersame Welt des internationalen Mediengeschäfts. Vieles von dem wird wohl nirgends nachlesbar sein. Hier auch nicht. Es waren ja keine Journalisten anwesend.

In der Rubrik „wundervoll“ die seit der Jahrtausendwende stetig an Bedeutung gewinnende Berlinale. „Das hat wesentlich mit der Entwicklung der Stadt zu tun“, so Dieter Kosslick. „Zu Beginn des Jahrtausends war es traurig in Berlin, jetzt groovt es. Und der Film geht dahin, wo es groovt.“ Etwa 350 Mio. Euro bringt die Berlinale nach Berechnungen der Investitionsbank pro Jahr in die Stadt, die Kreativwirtschaft ist inzwischen eine der wichtigen und umsatzstarken Branchen in Berlin.

Im Wettbewerb der Filmfestivals - ca. 1.200 Festivals sind es weltweit - hat Berlin einige Standortvorteile: Es verfügt über eine exzellente Infrastruktur, ist „angesagt“ und bietet den Produktionsfirmen ein bezahlbares Terrain. „Es ist für die Unternehmen und Mitarbeiter, die zu einer Messe anreisen, ein Unterschied, ob sie für einen Cappuccino 18 Euro auf dem Markusplatz in Venedig oder 4 Euro Unter den Linden bezahlen“. Die Weddinger Zuhörer erkannten bei diesem Tarifvergleich sofort die ungenutzten Standortvorteile ihres Stadtteils.

Apropos Cappuccino. Dieter Kosslick ist langjähriges Mitglied bei „slow food“ und engagiert sich als selbsternannter „Food-



Dieter Kosslick im Gespräch mit Ralf Wieland und Bürgermeister Christian Hanke. Foto: Hanschke

Fighter“ gegen schlechtes Essen und die Auswüchse der Lebensmittelindustrie. Nicht zufällig gibt es bei den Filmfestspielen die Reihe „Kulinarisches Kino“, die Lichtspiel und Tafelfreuden zu verbinden versucht.

Heiko Hanschke □

➡ Die Reihe „Im Gespräch“ findet an wechselnden Orten im Wedding statt. Über die kommenden Veranstaltungen informiert die Website www.wieland.berlin.

KULTURTIPPS

Krimi-Nacht. Im Rahmen ihres 5. Frauen-Krimifestivals machen die „Mörderischen Schwestern“ am 26. September Station im Kurt-Schumacher-Haus. Ihr Motto: „Berlin - Moor, Wald und Heide - Böses lauert überall“. Eine Leiche im Moor, tödliche Pilze im Wald und Kriminelles in der Hasenheide. In dieser Botanik ist nichts friedlich. Lesung mit Salean Maiwald, Connie Roters, Astrid Ann Jabusch und Andrea Gerecke.

➡ Freitag, 26. September, 19.30 Uhr, Lesung der Mörderischen Schwestern, Kurt-Schumacher-Haus, Dorothea-Hirschfeld-Saal, Müllerstr. 163, 13353 Berlin, Eintritt: kostenlos, um Spenden wird gebeten! Anmeldung erbeten unter www.spd-berlin.de/kriminacht

Natascha Ungeheuer. Noch bis zum 22. Oktober sind die phantasievollen und farbenfrohen Bilder der Kreuzberger Künstlerin im Willy-Brandt-Haus zu sehen. Wegen des Parteikonvents bleibt die Ausstellung am 19./20.9. geschlossen. □

Rundgang zur „DDR-Moderne“

Mit dem Kulturforum vom Strausberger Platz zum Alexanderplatz

Nach einem ersten informativen Rundgang durch die historische Mitte möchte das Kulturforum Stadt Berlin der Sozialdemokratie jetzt zu einem zweiten Rundgang einladen, der sich dem Thema „DDR-Moderne und aktuelle Stadtentwicklung in Berlins Mitte“ widmet. Derr Spaziergang führt vom Strausberger Platz zum Alexanderplatz

Wie schon am Rathausforum geht es um die Frage: Wie gehen wir mit den Ergebnissen des DDR-Städtebaus in Berlins Mitte um? Der Alexanderplatz wartet auch 25 Jahre nach der Wende auf eine befriedigende städtebauliche Lösung, während sich für das Gebiet des „2. Bauabschnitts der

Karl-Marx-Allee“ - dem Geburtsort des DDR-„Plattenbaus“ - eine Lösung im Sinne einer behutsamen Weiterentwicklung andeutet.

PM □

➡ Samstag, 20. September, 11 Uhr. Treffpunkt vor dem Gebäude Strausberger Platz 1, Eingang zur Karl-Marx-Allee (U-Bahn Linie 5 bis Strausberger Platz, Ausgang gegen die Fahrtrichtung). Dauer: ca. 2 1/2 Stunden. Die Führung übernimmt Dr. Thomas Flierl, früherer Senator für Wissenschaft, Forschung und Kultur und Vorsitzender der Hermann Henselmann Stiftung. Um einen Überblick über die Teilnehmenden zu bekommen, ist eine Anmeldung erbeten: post@kultur-in-berlin.com